

Elmar Lange/Peter Schöber

„Sozialer Wandel in den neuen Bundesländern – Beispiel: Lutherstadt Wittenberg“ Leske+Budrich, Opladen 1993

Auszug (z.T. leicht geändert)

mit Anmerkungen und Literaturhinweisen von F. Pannicke, Wittenberg

3.5 Industrialisierung

3.5.1 Die wirtschaftliche Entwicklung

Mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 wird Wittenberg beschleunigt in die Phase der Industrialisierung der bürgerlichen Gesellschaft einbezogen. Zunächst erfährt man etwas von einer technischen Verbesserung des Schiffsverkehrs auf der Elbe durch Einsatz von Kettendampfern, dann von einer Entfestigung der Stadt laut kaiserlicher Kabinettsorder, wodurch, dank dem preußischen Major a.D. Friedrich Eunicke, um den alten Stadtkern Parkanlagen entstanden. Wichtiger noch für die Entwicklung ist aber die Beseitigung der Festungsbestimmungen gewesen, denen zufolge im Umkreis von drei Kilometern um die Stadt feste und hohe Gebäude nicht errichtet werden durften. Diese Bestimmungen hatten nämlich die Errichtung neuer Betriebe fast verhindert¹. Ferner erfährt man, daß eine neue Kreisordnung, nach welcher der Kreis Wittenberg in vier nordelbische und acht südelbische Amtsbezirke gegliedert wurde, was auf Widerspruch stieß, inkrafttrat.

Die Entfestigungsperiode war, so Ernst Ludwig Kirchner² in seiner Dissertation, "eine fruchtbare Vorstufe zu der nunmehr unaufhaltsam vorwärtsdrängenden wirtschaftlichen Entwicklung Wittenbergs und seiner Umgebung". Sie stelle, so Kirchner, in der Wirtschaftsgeschichte der Stadt einen „Höhepunkt“ dar - vielleicht müßte man eher von einem Wendepunkt sprechen -, dem nur noch die Erhebung Wittenbergs zur Residenzstadt im Jahre 1260 und die Gründung der Universität im Jahre 1502 gleichzusetzen sei. Solange Wittenberg nur Residenz-, Universitäts- und Garnisonsstadt gewesen sei, bekanntlich hatte sie die beiden zuerst genannten Eigenschaften verloren, habe sich die Wirtschaft hauptsächlich nach dem Konsum orientiert. Kirchner denkt hier offensichtlich an W. Sombart und dessen Ausführungen zur „Konsumenstadt“. Darunter versteht dieser eine Stadt, die ihren Lebensunterhalt nicht mit eigenen Produkten bezahlt, sondern mit Hilfe von Steuern, Renten usw.. „Stadt“ meint hier, Sombart zufolge, eine Anzahl von Personen, Fürst, Hofbeamte, Militärs usw..

Zwar hatte sich bis zur Reichsgründung in und um Wittenberg, wie schon angedeutet, das Verkehrswesen verbessert³, so richtig hatte Wittenberg aber an der nach den Stein- Hardenbergschen Reformen und der Gründung des Zollvereins einsetzenden Wirtschaftsbelebung Deutschlands, folgt man Kirchner, nicht teilgenommen. Dem habe sein Charakter als Festungsstadt entgegengestanden. Folglich habe sich auch erst mit der Entfestigung Unternehmergeist entwickeln können. Erwähnenswert ist, daß Wittenberg 1813 nicht mehr als 4.200 Einwohner zählte, eine Zahl, die sich in den folgenden 50 Jahren nur etwas mehr als verdoppelte. So zählte Wittenberg 1871 10.004 Einwohner. Dazu müssen 1.563 Militärpersonen hinzugerechnet werden.

Wie läßt sich die ökonomische Struktur der Stadt zu Beginn des allmählichen „take off“ Anfang der siebziger Jahre charakterisieren? Wirft man mit Kirchner einen Blick in die damalige Statistik, so kann Wittenberg als eine Lokalgewerbestadt bezeichnet werden. Es dominierten offensichtlich die Kleinbetriebe. Aber auch die Landwirtschaft spielte eine wichtige Rolle; bestand doch drei Viertel der Gesamtfläche Wittenbergs von rund 1.950 Hektar aus Äcker, Gärten und Wiesen. Ein nicht geringer Teil der Wittenberger betrieb Landwirtschaft als Nebenbeschäftigung. Haupterwerbslandwirte hat es auch gegeben

¹ Chronik der Stadt Wittenberg. zusammengestellt v. Hillmar Schwarz, hrsg. v. Stadtgeschichtlichen Museum, Lutherstadt Wittenberg 1985

² Fast das gesamte Industrialisierungsthema des Buches wird abgehandelt mit:

Kirchner, Ernst Ludwig: Die wirtschaftliche Entwicklung der Lutherstadt Wittenberg von 1870 bis 1914. Diss. v. 10. Aug. 1936.

Bitterfeld Wachsmuth, 1936

nachzulesen: Staatsbibliothek Berlin, Signatur: Diss. 1936/7281

³ siehe auch: Spanel, Hilmar: Zur Geschichte der Eisenbahn in und um Wittenberg - 150 Jahre Eisenbahn in Wittenberg - 1841 – 1991.

Schriftenreihe des Stadtgeschichtlichen Zentrums Wittenberg Nr. 14. Stadtgeschichtliches Zentrum (Hrsg.), 1991,

(8,7% der Bevölkerung, gegenüber 33% in Handwerk und sonstigem Gewerbe). Rechnet man die Neben- und Haupterwerbslandwirte zusammen und stellt sie der Gruppe der Gewerbetreibenden gegenüber, so scheinen sich landwirtschaftliche und gewerbliche Betätigung die Waage gehalten zu haben. Eine eigentliche Industrie hatte es bis in die sechziger Jahre, so Kirchner, nicht gegeben, abgesehen davon, daß die Tuchmacher, Leineweber und Brauer ihr Gewerbe z.T. fabrikmäßig betrieben. Die Maschinenfabrik von Schäfer⁴ (gegr. 1868) und die Ziegelei Zastrow⁵ (gegr. 1870) seien die ersten größeren Betriebe gewesen.

Was die Infrastruktur betrifft, so flossen nach Kirchner die Bäche offen durch die Stadt, ihre Straßen befanden sich in einem schlechten Zustand und nichts war geschehen um ihrer historischen Vergangenheit mit Blick auf den Fremdenverkehr gerecht zu werden. Die Verkehrslage Wittenbergs sei zwar günstig gewesen, doch habe es daraus keinen Nutzen gezogen.

Doch dieses Bild änderte sich alsbald, wenn auch nicht drastisch. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nach 1870, der Zeitraum, in dem sich dort die Industrialisierung stark beschleunigte, um gegen Ende des Jahrhunderts das erste Industrieland Westeuropas, England, einzuholen und in bestimmten Bereichen sogar zu überholen, mußte auch in Wittenberg spürbar in Erscheinung treten, wie schon längst in anderen Teilen Mitteldeutschlands. Handel und Verkehr, so Kirchner, wiesen in Mitteldeutschland eine große Steigerung und Ausweitung auf. Die Banken, zum integrierenden Bestandteil der Wirtschaft geworden, wirkten am Aufbau der Industrie mit. Die Landwirtschaft wurde zurückgedrängt. Diese sei es aber gewesen, die den industriellen Aufschwung in Mitteldeutschland eingeleitet und eigentlich erst ermöglicht habe. Boden und Klima schufen, wie Kirchner ausführt, die Voraussetzungen für den Zuckerrübenanbau, und der Braunkohlenbergbau habe der Zuckerrübenindustrie seine Entwicklung zum Großbetrieb verdankt. Und aufgrund der Technisierung der Landwirtschaft, der Mechanisierung des Bergbaus und der Ausweitung des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes habe sich die Maschinenindustrie entwickeln können. Diese Verbundenheit mit dem Boden sei das Charakteristische des mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes und somit auch des Wittenberger Wirtschaftsbezirks gewesen.

Die Entwicklung Wittenbergs und der näheren Umgebung in der Zeit von 1870 bis 1914 läßt sich nach Kirchner in fünf leicht voneinander zu trennende Perioden einteilen, von denen jede einen besonderen Beitrag zur Entstehung einer neuen wirtschaftlichen Struktur des Wittenberger Bezirks geliefert habe.

Entwicklung Wittenbergs zwischen 1870 und 1914

Jahr	historische Periode
1870-1872:	Die Kriegs- und Nachkriegszeit
1873-1886:	Die Entfestigungsperiode
1887-1889:	Die Zeit der Schaffung von Verkehrseinrichtungen
1890-1909:	Der Zeitraum des industriellen Aufschwungs
1910-1913:	Die Periode des Fremdenverkehrs.

Wittenberg selbst sei, so Kirchner, von den Ereignissen und Folgen der Gründerjahre kaum beeinflusst worden; könne doch von einer Unternehmenslust und Bauwut in jener Zeit, er meint die Kriegs- und Nachkriegszeit, nicht die Rede sein. Für den Geldverkehr hätten damals außer der Stadtparkasse⁶ und einigen sogenannten Geldwechselgeschäften keine nennenswerten Institute bestanden.

Zu vermelden ist lediglich in den Jahren 1870/72, daß als erste größere Unternehmung außerhalb des Festungsbereiches die schon erwähnte Ziegelei gegründet wurde; ferner, daß mit dem Bau der Eisenbahnstrecke Wittenberg-Falkenberg begonnen und in demselben Jahre die Landwirtschaftliche Winterschule⁷ eröffnet wurde.

Erst im nächsten Zeitabschnitt, dem der Entfestigungsperiode, sei in Wittenberg der Grundstein zur wirtschaftlichen Umgestaltung gelegt worden. Die Entfestigung bedeutete, wie z.T. schon angedeutet, daß sich die Stadt nunmehr ausdehnen und private Grundstücke für Bauvorhaben genutzt werden konnten.

⁴ nach Adressbuch 1884: Schäfer, Adolf. Eisengießerei und Maschinenfabrik, Dresdener Straße 11

⁵ nach Adressbuch 1884: Zastrow, Hugo. Ziegelei, Dresdener Straße 50

⁶ gegründet 1824, Gebäude wechselte mehrfach

⁷ nach Adressbuch 1898: Lutherstraße 1, später nach Adressbuch 1925: Lutherstraße 9

Die durch Entfestigung freiwerdenden öffentlichen Grundstücke übergab allerdings der Staat der Gemeinde nicht einfach zur freien Verfügung. Vielmehr mußte ein Bebauungsplan vorgelegt werden, aus dem hervorging, daß die freigewordene Fläche auch für Anlagen und Promenaden genutzt wird.

Entfestigung, Neubauten und Neuanlagen konnten der Stadt im Jahre des wirtschaftlichen Rückgangs 1877 als Mittel kommunaler Beschäftigungspolitik für die ärmeren Klassen dienen. Eine Wiederbelebung der Wirtschaft hat dann offenbar Anfang der 80er Jahre eingesetzt. Dazwischen, 1875, wurden die Bahnstrecke Wittenberg-Falkenberg eröffnet und die Strecke nach Bitterfeld weiter ausgebaut, und ein Jahr später wurde mit dem Bau des Elbhafens begonnen. Die öffentliche und private Bautätigkeit habe, so Kirchner, in jenen Jahren ständig zugenommen. So sei auch 1885 das städtische Wasserwerk⁸ eröffnet worden.

Die nächsten vier Jahre, von 1886 bis 1889 seien gekennzeichnet gewesen durch die Schaffung von Verkehrseinrichtungen. So wurde, um dem wachsenden Verkehr zu genügen, 1886 mit dem Umbau der beiden Elbbrücken begonnen; 1887 begann der Bau der Bahnstrecke Wittenberg-Torgau, der 1890 beendet wurde. Von größter Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt sei der 1880 in Angriff genommene Bau der Hafenbahn gewesen, die 1889 eingeweiht wurde. In Wittenberg selbst, so schildert Kirchner, habe als einziges Verkehrsmittel das Pferdefuhrwerk gedient, das ab 1888 von einer privaten Pferdebahn abgelöst worden sei, die dann bis 1913 als einzige regelmäßige Fahrgelegenheit im Innern der Stadt gedient habe. Im ganzen gesehen seien die wirtschaftlichen Verhältnisse in jener Zeit nicht schlecht gewesen; waren doch wachsende Bautätigkeit und steigende Industrieproduktion zu vermelden.

Der Zeit der Schaffung von Verkehrseinrichtungen folgte, gleichsam wie nach einem Lehrbuch für Entwicklungsplanung, der Zeitabschnitt des „eigentlichen industriellen Aufschwungs“ (Kirchner). In und um Wittenberg habe sich, ihm zufolge, fast ausschließlich in dieser Zeit die Industrie niedergelassen. So hätten sich von den insgesamt 29 größeren gewerblichen Unternehmen im Wittenberger Bezirk Betriebe zahlenmäßig wie folgt gegründet.

Tabelle 3.2 Betriebsgründungen zwischen 1870 und 1913

Jahr	Betriebsgründungen
1870 - 1889	8
1890 - 1901	6
1902 - 1909	12
1910 - 1913	3

Was die Zahl der Beschäftigten in der Industrie betrifft, so seien laut vorsichtiger Schätzungen im Wittenberger Bezirk, in den größeren Industriebetrieben im Jahre 1890 etwa 500 Arbeiter, 1900 rund 1.200 und 1910 rund 5.000 Arbeiter tätig gewesen. Innerhalb von 20 Jahren hätte sich demnach die Beschäftigung in diesem Bereich verzehnfacht. Im Übrigen vollzog sich damals, wie allgemein im 19. Jahrhundert üblich, der wirtschaftliche Aufschwung in Wittenberg nicht stetig, sondern wellenförmig.

Die zunehmende Industrialisierung, die Zunahme der Handelstätigkeit infolge der Zunahme der Bevölkerung und der Übergang von Handelsbetrieben zu fabrikmäßiger Fertigung führten zu wachsendem Kapitalbedarf, der, in Verbindung mit den wachsenden Ersparnissen der Bevölkerung, die Gründung mehrerer Banken/Bankfilialen, auch einer Nebenstelle der Reichsbank⁹, bewirkte. Dazu wird des Weiteren beigetragen haben, daß die Wittenberger Industrie in dem Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg bereits, wie Kirchner schreibt, zu einem nicht geringen Teil exportorientiert gewesen ist, was dem Bankwesen in Wittenberg zusätzliche Impulse gegeben haben mußte. In seiner wachsenden Exportorientierung schloß sich Wittenberg offenbar, allerdings mit Verspätung, einer Entwicklung an, die in Deutschland nach 1871 eingesetzt hatte.

⁸ nach Adressbuch 1934: Belziger Chaussee

⁹ nach Adressbuch 1904: Bürgermeisterstraße 16, nach Adressbuch 1925: Lutherstraße 52

Von den größeren Unternehmen Wittenbergs betrieben folgende Export:
 Bourzutschky, Marmeladenfabrik, zuvor Spritfabrik¹⁰ (DDR: VEB Elektroinstallation)
 Gummiwerke „Elbe“, AG. (DDR: VEB)¹¹
 Heydrich & Co., Ätherische Öle¹²
 Joly, Eisenwerk (DDR: VEB Eisenwerk)¹³
 Kant, Schokoladenfabrik, (DDR: VEB Wikana)¹⁴
 Steingutfabrik Piesteritz¹⁵
 Siegel & Co. Putzmittel, (DDR: VEB Wittol Werk 1)¹⁶
 Thompson, Seifenfabrik, (DDR: VEB Wittol Werk 11)¹⁷
 Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-AG. (vollständig demontiert nach 1945.)
 Wetzig, Maschinenfabrik, (DDR: Maschinen- und Mühlenbau)¹⁸
 Wittenberger Chamottefabrik (ruiniert in der Weltwirtschaftskrise)¹⁹.

Zu diesen exportorientierten Betrieben traten noch einige größere Gärtnereien²⁰, die jährlich bis zu 12 Millionen Maiblumenkeime nach dem Ausland sandten. Wittenberg, so Kirchner, war also in die Weltwirtschaft einbezogen, was auch dadurch belegt wurde, daß die genannten Unternehmungen zwischen 1910 bis 1912 rund 3.500 Arbeitskräfte beschäftigten.

Die Industrialisierung wirkte sich freilich auch auf die Bevölkerung aus. So kam es zu einer Zunahme in Wittenberg infolge von Landflucht, wodurch sich die soziale Schichtung veränderte und die Einkommensverhältnisse verbesserten. Dies stellte der Stadtverwaltung Aufgaben, die sich in der Landesplanung niederschlugen.

Von 1910 bis 1914 erhöhte sich offenbar der Fremdenverkehr, der der lokalen Wirtschaft zugutekam. Darauf verwiesen, so Kirchner, die wachsenden Besucherzahlen der Lutherhalle sowie verschiedene Feiern kultureller und nationaler Ausrichtung. Auch habe eine Gewerbeausstellung (1913) und die Gründung eines Fremdenverkehrsvereins stattgefunden. Wittenberg begann offensichtlich seine Eigenschaft, „Lutherstadt“ zu sein, tatkräftig zu „vermarkten“.

Das wirtschaftliche Wachstum Wittenbergs zwischen 1870 und 1914 ist, Kirchner zufolge, von zwei Tatsachen bestimmt worden: Zum einen von der Garnison²¹, die mit ihren durchschnittlich 2.000 Mann den Wittenberger Kleinhandel förderte, zum anderen die Industrialisierung Ende der 80er Jahre.

Die Fabrikbetriebe siedelten sich außerhalb der Stadt an und konnten sich somit nicht störend bemerkbar machen, ferner konnte nach Abschluß der Entfestigung in Wittenberg und Umgebung eine rege Bautätigkeit

¹⁰ nach Adressbuch 1898: Falkenstraße 8, Falkenstraße später umbenannt in Oststraße und später Martinigarten, heute Bahnstraße, später Gr. Friedrichstraße 127

„Bourzutschky-Villa“ Gr. Friedrichstraße 122

nach Telefonbuch: VEB Elektroinstallation Wittenberg Straße der DSF 127

¹¹ später „Elbit“, nach Telefonbuch: Straße der Neuerer 125

¹² nach Adressbuch 1898: Bürgermeisterstraße 15

¹³ nach Adressbuch 1898: Dessauerstraße (ohne Nummernangabe). Nach Adressbuch 1904: Dessauerstraße 30, nach Adressbuch 1934: Dessauer Straße 29 als Eigentümer, nach Telefonbuch: Straße der Neuerer 12

Joly, Hubert (Fabrikgründer) wohnte Wilhemstraße 73 (heute: Robert-Koch-Straße), zerstört

siehe auch: Heimatkalendar 2003. Lutherstadt Wittenberg, Drei-Kastanien-Verlag Wittenberg, 2003

¹⁴ nach Adressbuch 1904: Dessauerstraße 26, nach Adressbuch 1948/49: 25/26, heute: Dessauer Straße 8

¹⁵ nach Adressbuch 1925 Rothemark 8

siehe auch: Weinhold, Karl: Die Geschichte der Gemeinde Piesteritz im Kreise Wittenberg. EOS-Press Otto Sommerfeld, Piesteritz 1928

¹⁶ nach Adressbuch 1925 Rothemark 7

¹⁷ nach Adressbuch 1925: Dessauerstraße 30, nach Adressbuch 1934 auch Eigentümer der Grundstückes Dessauer Straße 27

¹⁸ nach Adressbuch 1898 Dresdener Straße 16

¹⁹ nach Adressbuch 1904: Kraft, Dienstbach und Joly, Dessauerstraße 105

²⁰ siehe: Heimatkalendar 2006. Lutherstadt Wittenberg, Drei-Kastanien-Verlag Wittenberg, 2006

²¹ stationiert waren hier:

Infanterieregiment „Graf Taentzien von Wittenberg“ (3. Brandenburgisches) Nr. 20 – die Zwanziger

sowie: 2. reitende Abteilung des Torgauer Feldartillerieregiments Nr. 74

alle mit diversen Einrichtungen

siehe auch: Richter, Burkhardt: Wittenberg und Brandenburg/Preußen. Drei Kastanien Verlag Wittenberg 2002

tigkeit einsetzen. Es entstand ein neues Stadtviertel mit breiten Straßen, die ehemaligen Festungsgräben wurden, wie angedeutet, in Anlagen verwandelt, die das alte Wittenberg mit einem Grüngürtel umschlossen.

Die Wirtschaft des Wittenberger Bezirks wies, so Kirchner, 1870 und 1914 vier charakteristische Strukturwandlungen auf:

1. Anhäufung von Bevölkerung und industriellen Betrieben,
2. Verlagerung des ökonomischen Schwergewichts auf den industriellen Sektor,
3. Zunahme der Bautätigkeit,
4. Integration der ehemaligen Lokalgewerbestadt durch die Industrie und die Landwirtschaft (Maiblu-
men) in die Weltwirtschaft.

Kirchner meint, Wittenberg sei in den Jahren 1913/14 auf dem besten Weg gewesen, sich wirtschaftlich günstig zu entwickeln. Der Weltkrieg habe aber die Verwirklichung manch eines „fortschrittlichen Gedankens“ verhindert.

Kirchner, hier und dort seinen Tribut an den damaligen Zeitgeist (1936) entrichtend, dabei aber im ganzen seine Dissertation nicht kompromittierend, beschreibt nun die Entwicklung der einzelnen Erwerbszweige in Wittenberg von 1870 bis 1914.

Wie bereits erwähnt, gab es auf dem Gebiet der Stadt Wittenberg eine umfangreiche Landwirtschaft, teils aus Haupt-, teils aus Nebenerwerbsbetrieben bestehend. Überwiegend handelte es sich um kleine und mittlere Betriebe. Daneben gab es, wie schon angedeutet, einige Großbetriebe auf dem Gebiet des Gemüsebaus und der Maiblumenzucht. Dort, wo Lohnarbeiter beschäftigt wurden, änderte sich das Vertragsverhältnis: Das Deputatverhältnis wandelt sich um zu einem geldwirtschaftlich orientierten Verhältnis. Interessant ist angesichts der Tatsache, daß heute die Elbe für die Ernährungswirtschaft wegen ihrer Verschmutzung so gut wie ausfällt, daß im Wittenberger Bezirk vor dem Weltkrieg die Fischerei noch ein bedeutender Zweig der Ernährungswirtschaft gewesen ist.

Betrachtet man mit Kirchner die Strukturwandlungen in der Landwirtschaft des Wittenberger Bezirks von 1870 bis 1914, so ist eine Natural- und Geldertragssteigerung festzustellen. Nichtsdestoweniger hat sich das Gesamtgewicht der Landwirtschaft im Landkreis Wittenberg, jedenfalls gemessen an der Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten (Landkreis Wittenberg), vermindert, und zwar von 42,1% im Jahre 1882 auf 28,2% im Jahre 1907.

Dreiviertel der ertragbringenden Gesamtfläche des Gemeindebezirks Wittenberg ist Acker- und Gartenland gewesen, was, zusammen mit den großen Ertragssteigerungen, die Bevölkerung in schlechten Zeiten besser überstehen ließ als die Bewohner von Orten mit mangelhaftem Boden und ausgedehnter Industrie. Kirchner wird hierbei erst recht an die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg gedacht haben.

Was das Handwerk betrifft, so war es in Wittenbergs Gewerbe, ihm zufolge, die weitaus wichtigste Betriebsform. Daneben hatte die dem Handwerk nahestehende Hausindustrie eine gewisse Bedeutung. Vergleicht man die Jahre 1886 und 1900, so stellt man eine Vermehrung der Handwerksmeister, und zwar von 351 auf 415 fest. Auch ist eine Vermehrung der Gesellen zu verzeichnen, dagegen eine Abnahme der Lehrlinge. Insgesamt gesehen nahm die Zahl der Beschäftigten im Handwerk von 1.334 auf 1.284 ab. Auch die Zahl der Innungen, eine Neuauflage der Zünfte in abgeschwächter Form, nahm ab, und zwar von 22 auf 19 Innungen. Relativ zum Wachstum der Bevölkerung in Wittenberg nahm die Zahl der Handwerksmeister ab (Bevölkerung im Jahre 1890: 14.458; im Jahre 1900: 18.333). Betrug der Anteil der Handwerksmeister 1890 27,3‰ so betrug er zehn Jahre später nurmehr 22,7‰ der Bevölkerung. Die Abnahme der Lehrlinge erfolgte zugunsten der Fabriklehrlinge, wie ihre steigende Besucherzahl in der Fortbildungsschule beweist.

Betrachtet man die einzelnen Handwerke, so stellt man fest, daß sowohl die Fleischereien als auch die Bäckereien zunahmen, was teils mit dem Anstieg der Bevölkerung, teils mit wachsendem Pro-Kopf-Konsum zusammenhängen wird.

Was das Bekleidungs-gewerbe betrifft, so erstaunt es nicht, daß das Schuhmacherhandwerk abnahm, dagegen das Schneiderhandwerk zunahm. Dies hatte allerdings etwas zu tun mit der Verstärkung der Garnison von 1.700 auf 2.400 Mann in dieser Zeit. Die Zahl der Leineweber, von denen es 1806 noch

29 in Wittenberg gegeben hatte, hatte im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts immer weiter abgenommen. Gegen Ende des Jahrhunderts gab es noch 4, zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren sie dann ganz verschwunden. Wittenberg scheint also auch hier einem allgemeinen Trend zu folgen. Konnten sich im Gegensatz zu den Leinewebern die Tuchmacher noch bis zum Ende des Jahrhunderts halten, so mußten auch sie, weil sie sich offenbar neuen Trends nicht anpaßten oder Standortnachteile hatten, zu Beginn des 20. Jahrhunderts von der Bildfläche verschwinden.

Daß das Bauhandwerk und das Einrichtungsgewerbe (Maurer, Tischler, Maler, Zimmerleute, Dachdecker usw.) von den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts bis zu den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts einen Aufschwung nahmen, kann nicht weiter verwundern; ebensowenig die Abnahme traditioneller Handwerke, wie Drechsler, Böttcher und Töpfer, die den Absatz verloren, sei es, weil ihre Produkte nicht mehr gebraucht wurden, sei es, weil neue Rohstoffe, evtl. in Verbindung mit neuen Erfindungen, in den Vordergrund traten. Wie überall in Deutschland und Westeuropa konnten sich auch in Wittenberg einige traditionelle Handwerke an die sich wandelnden Zeitumstände anpassen, während dies anderen nicht möglich war.

Stellt man die Entwicklung der Handwerksbetriebe jener der Großhandelsbetriebe und der Betriebe der Großindustrie gegenüber, so ergibt sich, daß jene von 1885/86 bis 1891/92 von 111 auf 114 stiegen oder um 2,7%, und diese von 89 auf 139 oder um 56,2% im selben Zeitraum zunahmen. Aus den Zahlen geht also eine Verschiebung der Wirtschaftsstruktur zugunsten der letzteren hervor.

Die Hausindustrie²² ist in jener Zeit ganz verschwunden. Die Handwerke überlebten, wenn auch überwiegend nur solche, die nicht Waren, sondern (Dienst-)Leistungen oder schnell verderbliche Waren anboten.

Auch Wittenberg nahm, wenn auch mit Verspätung, wie schon ausgeführt, teil an der Entwicklung der Industrie hin zur großen Industrie. Allerdings haben sich die größeren oder großen Industriebetriebe überwiegend nicht aus schon bestehenden Betrieben in Wittenberg herausgebildet, sondern wurden von auswärtigen Unternehmern oder Unternehmen gegründet. Wittenberg erscheint also offensichtlich gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts als ein attraktiver Standort für Investoren, sei es, weil die Verkehrsverbindungen günstig, sei es, weil Boden und Arbeitskräfte billig waren. Interessant ist, daß die Wittenberger selbst nicht die günstigen Standortbedingungen für die Gründung von Industriebetrieben zu nutzen verstanden.

Wirft man einen Blick auf die einzelnen Industriezweige, so fallen zunächst Industrien auf, die eng mit dem Boden verbunden waren, wie die Braunkohlenwerke in der Nähe Wittenbergs und die schon erwähnte Ziegelei Zastrow vor der Toren Wittenbergs, die allerdings infolge mangelnder Rohstoffe einging. Neue Lager für Ton wurden 1910 bei Dobien mit Hilfe moderner Einrichtungen von der Firma Tonwerke AG erschlossen, in denen „Gastarbeiter“ aus Lippe und Polen offensichtlich zu Niedrigstlöhnen in einem Zwölfstundentag bei einer Mark Arbeitslohn arbeiteten. Beliefert wurden regionale, insbesondere überregionale Märkte, z.B. Berlin. Durch das Aufkommen der Steingutfabrikation habe sich, so Kirchner, im Wittenberger Bezirk das Schwergewicht des Industriezweigs „Steine und Erden“ verstärkt. So wurde 1888 in Piesteritz eine Steingutfabrik eingerichtet, die 1911 etwa 300 Personen beschäftigte. 1914 ließ sich am Hafen die saarländische Firma Tonwarenfabrik A. Brach nieder, die Tonfliesen produzierte. Zu erwähnen wären in diesem Zusammenhang auch die Öst'schen Chamottewerke²³, die aus einer Berliner Majolikafabrik²⁴ hervorgegangen waren. Diese habe sich auf die Herstellung feuerfester Waren umgestellt und sich, infolge besserer Transportverhältnisse als in Berlin, 1905 nach Wittenberg verlagert (1911: 100 Arbeiter). Ferner die Steingutfabrik „Union“ GmbH, jüngste Vorkriegsgründung; die sich mit der Herstellung feuersicheren Tongeschirrs befaßte.

Ein weiterer Industriezweig, der in Wittenberg entstand, war die Genuß- und Nahrungsmittelindustrie. Hier wäre zunächst die Firma Bourzutschky Söhne zu nennen, die sich, seit 1877 zunächst Spritfabrik, 1904 der Herstellung von Marmelade zuwandte. Obst hierfür gab es genug in Wittenberg, und ihr Ab-

²² Betriebsform, in der die Arbeiter daheim angestellt sind

²³ nach Adressbuch 1925: Dessauer Straße 105

²⁴ Keramik oder Steingut mit weißem Überzug

satzgebiet erstreckte sich bereits vor dem Weltkrieg auf das In- und Ausland. Des Weiteren ist die ebenfalls bereits genannte Schokoladenfabrik Kant zu erwähnen, die ganz Deutschland und Österreich beliefert habe. Betrug ihre Belegschaft 1905 55, so betrug sie 1913 400 Personen. Sodann gab es die „Milka“ Nahrungsmittelfabrik G.m.b.H., Pratau. Infolge der günstigen Lage (Rohstoffe, Verkehr) hatte das Werk, Kirchner zufolge, bereits in der Vorkriegszeit für die Margarineversorgung Mittel-, Ost- und Süddeutschlands eine gewisse Bedeutung erlangt; 1911 beschäftigte es rund 200 Arbeitskräfte. Ferner sind die damals in Wittenberg ansässigen Brauereien zu nennen. Allerdings unterlagen sie der damaligen, wie auch später sich fortsetzenden Tendenz zur Konzentration. Auch unterlagen sie dem Wandel des Geschmacks; stellten doch die Wittenberger Brauereien nur obergäriges Bier her, das gegen 1900 offenbar nicht mehr genügend nachgefragt wurde. Zwar wurden 1903 noch die Aktien²⁵- sowie die Hoch'sche²⁶ Brauerei gegründet, die zuerst genannte mußte aber weniger als zehn Jahre später der Konkurrenz weichen.

Von großer Bedeutung sollte die chemische Industrie in Wittenberg werden. Bestimmend für die Wahl des Standortes Wittenberg sei, so Kirchner, das Wasser gewesen. Zum einen konnte es als Roh-(Hilfs-)stoff verwendet werden, zum anderen konnte man sich seiner einfach entledigen, indem man es als Abwasser der Elbe zuführte. Ähnliches gilt für die Lederindustrie.

Das bekannteste chemische Werk vor dem Ersten Weltkrieg war die Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff AG. gewesen, die 1894 bei Reinsdorf, also vor den Toren Wittenbergs, ihr größtes Werk errichtete. Neben der Herstellung von Sprengstoffen für bergbauliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke vollzog sich auch dort die Produktion von militärischen Sprengstoffen sowie von Pulvern für Jagd- und Sportzwecke. Zahlreiche Niederlassungen im In- und Ausland verkauften schon vor dem Ersten Weltkrieg ihre Erzeugnisse. Die Zahl der Beschäftigten betrug 1895 = 246, 1905 = 940 und 1914 = 963 Personen; sie hatte sich also in 10 Jahren fast vervierfacht.

Die Vorgängerin der Gummiwerke „Elbe“ AG. war die chemische Fabrik E. Gulden & Co. gewesen, die sich seit 1894, Kirchner zufolge, mit der Herstellung von Schwefelsäure und Salpeter für die Sprengstoffwerke in Reinsdorf beschäftigt hatte. Aufgrund technischer Schwierigkeiten sei aber die Produktion nicht recht vorwärts gekommen, weswegen 1898 nach einem englischen Patent aus Leinöl und Rohjute das sog. "Oxilin" als Gummiersatz hergestellt worden sei. Später sei man dann zur Produktion echter Gummiwaren übergegangen, wie Bälle, Schläuche und Gegenstände für sanitäre Zwecke. Das Werk, in dem 1898 rund 100 und 1913 rund 300 Arbeitskräfte beschäftigt wurden, belieferte ganz Deutschland, insbesondere das europäische Ausland, Mittel- und Südamerika sowie Britisch- und Holländisch-Indien.

Als weiteres chemisches Werk nennt Kirchner die im Jahre 1895 in Piesteritz, also ebenfalls vor den Toren Wittenbergs, gegründete Leipziger Farbwerke Paul Gulden & Co., die zunächst nur Farbextrakte aus ausländischem Holz, später Gerbstoffextrakte herstellte, weil sich wegen der immer stärker werdenden Konkurrenz von der Seite der Hersteller künstlicher Farben die Produktion von Farbholzextrakten nicht mehr lohnte. Später wurden auch Abfallfette in neuen Fabrikanlagen verarbeitet; die Belegschaft umfaßte etwa 80 Personen.

Die Firmen Thompson G.m.b.H. und Siegel & Co. vertraten das Gewerbe der Reinigungsmittel. Die Thompson-Werke in Aachen errichteten 1891 eine Zweigfabrik am Hafen, die das, Kirchner zufolge, damals seit langem eingeführte und mehrmals auf Ausstellungen prämierte Seifenpulver „Schwan“ herstellte. Rund 250 Arbeiter beschäftigte das Wittenberger Werk 1911. Die Firma Siegel & Co. gründete 1910 - durch Umbau der ehemaligen Kelchschen Marmorschleiferei (diese hatte Blöcke aus Carrara bearbeitet und u.a. auch für die Denkmäler der Siegesallee in Berlin geliefert) - einen Betrieb, der alle Arten Putz- und Scheuermittel für Haushalt und Gewerbe herstellte, und die als Markenartikel vertrieben wurden. Die Belegschaft stieg von 30 Personen im Jahre 1910 auf 60 im Jahre 1914.

Die allgemeinen Entwicklungen und Fehlentwicklungen in Deutschland, Westeuropa und der übrigen Welt sowie welterschütternde Ereignisse berührten, wie sich inzwischen gezeigt hat, auch Wittenberg unmittelbar. Dabei wäre neben der Fortentwicklung der Weltwirtschaft auch an die fortschreitende Mili-

²⁵ nach Adressbuch 1925: Rothemark

²⁶ nach Adressbuch 1904: Tauentzienstraße 34, mehrfach umbenannt, (heute: Am alten Bahnhof)

tarisierung des damaligen Staates und mit ihm der bürgerlichen Gesellschaft sowie an den Ersten Weltkrieg zu denken. Dieser bewirkte, infolge der Blockade der deutschen Wirtschaft durch England, den Bau eines Stickstoffwerkes. Dieses Werk, das sich zu einem Riesenbetrieb auswachsen sollte, wurde, wie wir noch ausführen werden, für die weitere Entwicklung Wittenbergs von großer Bedeutung. Kirchner preist die günstigen Standortverhältnisse dieses Betriebes „vom wirtschaftlichen und nationalen Standpunkt“.

Es fragt sich, ob er nicht hier der offiziellen Ideologie aufgesessen ist; hätte er doch erkennen müssen daß es sich hier um eine kriegs-, also politisch bedingte Standortentscheidung handelte, die vermutlich unter normalen Bedingungen, also jenen eines freien Welthandels, nicht zustande gekommen wäre, jedenfalls nicht zu diesem Zeitpunkt. Sodann fragt es sich, ob Wittenberg, nachdem sich die deutsche Wirtschaft infolge des Krieges in der Frage des Stickstoffs vom Ausland unabhängig machen mußte, tatsächlich betriebswirtschaftlich einen besonders günstigen Standpunkt darstellte. Erst recht stellt sich die Frage, weshalb Wittenberg „vom nationalen Standpunkt“ her günstige Standortbedingungen aufwies. Auf diese Frage werden wir noch zurückkommen.

Zu erwähnen wäre noch die Lederindustrie (Oberleder) in Prühlitz²⁷, vertreten durch die Firma Stürmer, die 1911 130 Arbeiter beschäftigte. Dieser Betrieb war von Hilden bei Düsseldorf nach Prühlitz verlegt worden, weil hier die Vorfluter für die Abwässer günstiger als im Rheinland gewesen seien; ferner die Papier-/Pappeindustrie, etwa die Papierfabrik A. Bickel²⁸, errichtet 1890 in Wittenberg als eine weitere Niederlassung, die 1911 etwa 100 Arbeitskräfte beschäftigte; oder die beiden Pappefabriken in Braunsdorf.

Gefördert worden sei die Wittenberger Industrie, so Kirchner, durch den Bau des Elbhafens 1876-1879. Zunächst bloß als Winterschutzhafen gedacht, wurde er 1883 zu einem Industrie- und Handelshafen ausgebaut. Zusätzlich schuf der Bau einer Hafenbahn günstige Verkehrsmöglichkeiten. Und die erste Fabrik, die offensichtlich diesen Standortvorteil erkannte, war das Eisenwerk Joly, erbaut 1889 und zunächst die Anfertigung gußeiserner Abflußrohre und Heizkörper, später von Treppen (Joly-Treppen), die im In- und Ausland nachgefragt wurden, betreibend. Beschäftigte Joly 1892 rund 130, so beschäftigte es 1911 rund 250 Arbeiter.

Doch nicht allein das Eisenwerk Joly repräsentierte die Metallindustrie in Wittenberg. Früher schon, im Jahre 1878, war im Osten der Stadt die Eisengießerei und Maschinenfabrik Wetzig gegründet worden, die sich zunächst mit der Produktion landwirtschaftlicher Maschinen, später mit dem Bau von Müllereimaschinen und Wasserturbinen befaßte. Auch das Ausland beliefernd, erhöhte sie die Zahl der Arbeitnehmer von 15 im Jahre 1878 auf 500 im Jahre 1913. Sodann gab es noch die im Jahre 1868 gegründete Schäfersche Maschinenfabrik und Eisengießerei²⁹ sowie einige kleinere Maschinenbauanstalten.

Zum Schluß wäre noch das Buchdruckereigewerbe zu erwähnen, vertreten durch vier Firmen, darunter die Buchdruckerei Herrose & Ziemsen³⁰, 1904 von Gräfenhainichen nach Wittenberg verlegt und 1911 200 Personen beschäftigend. Weitere Betriebe aus verschiedenen Branchen ließen sich noch hinzufügen.

Parallel mit der Entwicklung der Industrie in Wittenberg entwickelte sich die Infrastruktur. So wurden 1863 das Gaswerk³¹, 1884 das Wasserwerk³² und 1913 das Elektrizitätswerk³³ eröffnet. Von anderen Verbesserungen der Infrastruktur in und um Wittenberg, so auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens oder der Elbeschifffahrt, war bereits die Rede.

²⁷ neben Hohndorf ein Teil vom heutigen Mühlanger

²⁸ nach Adressbuch 1925: Große Friedrichstraße 119, heute Friedrichstraße „Bickelvilla“ (Große) Friedrichstraße 119

²⁹ nach Adressbuch 1886: Dresdener Straße 11

³⁰ nach Adressbuch 1904: Rothemarkstraße 7, später Ziemsen-Verlag, heute Gebäude der Stadtwerke
siehe auch: Heimatkalender 2002. Lutherstadt Wittenberg, Drei-Kastanien-Verlag Wittenberg, 2002
siehe auch: Heimatkalender 2003. Lutherstadt Wittenberg, Drei-Kastanien-Verlag Wittenberg, 2003

³¹ Tauentzienstraße

³² Belziger Chaussee

³³ nach Adressbuch 1925: Hallesche Straße 32

Seit den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde also in Wittenberg ein Industriebetrieb nach dem anderen gegründet. Die damals entstandene Wittenberger Industrie hatte, so Kirchner, vornehmlich primären Charakter, d.h. sie produzierte Güter, die vom Handwerk nie hergestellt worden waren, so z.B. Schokolade, Papier, Margarine, chemische Erzeugnisse, Gummiwaren und Maschinen.

Die meisten Betriebsgründungen hätten sich, ihm zufolge, nach den Kosten gerichtet. In dieser Hinsicht erschien Wittenberg wohl als ein günstiger Standort. Hinzu kam das Vorhandensein von Roh- und Werkstoffen sowie in Einzelfällen von besonders günstigen Absatzverhältnissen. So belieferten bestimmte Unternehmen in Wittenberg und Umgebung andere in demselben Raum mit Halbfabrikaten und Maschinen. Mit anderen Worten, es gab für eine Reihe von Betrieben in unmittelbarer Nähe einen beträchtlichen Absatzmarkt. Allerdings ist weniger in der Stadt Wittenberg selbst als in den Vororten Kleinwittenberg³⁴, Piesteritz und Reinsdorf eine Zunahme der Industrie zu verzeichnen, Orte, die sich in den Worten Kirchners zu Industriedörfern entwickelten. Konkurrenten für das Handwerk waren die Industriebetriebe, wie angedeutet, nicht gewesen. Im ganzen gesehen ist die Entwicklung Wittenbergs nach 1870 offenbar etwas anders als in anderen Regionen Deutschlands verlaufen; hat es doch unmittelbar nach dem Krieg von 1870 in Wittenberg und Umgebung keine Welle von Betriebsgründungen gegeben. Diese setzte vielmehr erst in den neunziger Jahren ein, so daß Wittenberg, Kirchner zufolge, von den verheerenden Folgen der Gründerkrise verschont worden sei.

Hand in Hand mit der Entwicklung der Industrie in Wittenberg verlief die Entwicklung des Bankgewerbes. Zu nennen wären das Bankhaus Gröting³⁵, die Filiale der Mitteldeutschen Privatbank³⁶, die der Anhalt-Dessauischen Landesbank³⁷ sowie die Spar- und Leihbank (eine Genossenschaftsbank)³⁸. Gröting sei noch in der Zeit, als die Dissertation Kirchners entstand, das größte sich im Familienbesitz befindliche Bankgeschäft gewesen. Des weiteren wären zu erwähnen die Kreis- und die Stadtparkasse³⁹, die zuerst genannte wurde 1878, die zuletzt genannte bereits 1824 gegründet.

1908 wurde, wie schon gesagt, eine Reichsbanknebenstelle gegründet, und zwar auf Initiative der im Jahre 1903 gegründeten „Wirtschaftlichen Vereinigung der Industrie und Landwirtschaft von Wittenberg und Umgebung“ hin. Für die Gründung dieser Nebenstelle mußte Wittenberg einen Preis zahlen, und zwar in Gestalt mietfreier Räume, der Freiheit von Gemeindeabgaben sowie einer garantierten Mindesttantieme⁴⁰. Diese wurde auf 3.000 RM festgesetzt, und 23 Firmen zeichneten einen Garantiefonds. Die Tatsache, daß, so Kirchner, der Gemeindevorstand Wittenbergs diese Tantiemeverpflichtung übernehmen mußte, zeigt, daß die Reichsbank bei der Gründung ihrer Nebenstelle vorsichtig gewesen war. Diese Vorsicht teilte sie offenbar mit den Geschäftsbanken, die erst nach der Jahrhundertwende den Wittenberger Bezirk für finanziell stark genug hielten, um die Rentabilität größerer Bankfilialen zu garantieren. Jedenfalls hat sich in Wittenberg, zumal zwischen 1890 und 1914, neben dem industriellen ein Bankensektor herausgebildet. Damit hatte sich, wenn auch gegenüber anderen Städten und Regionen mit Verzögerung, eine moderne Wirtschaftsstruktur entwickelt, ein Vorgang, der ohne den Aufbau des Verkehrswettens nicht möglich gewesen wäre.

Die Entwicklung der Infrastruktur ermöglichte die Gründung von Speditionen und Schiffahrtsgesellschaften. Die Elbschiffahrt⁴¹ nahm einen starken Aufschwung. Gab es im Jahresdurchschnitt von 1872-1875 5.565 Schiffsbewegungen von und nach Schandau, so waren es im Jahre 1903 18.000. Dies ist insbesondere deshalb bemerkenswert, weil vor der „Wende“ 1989 die Elbe offensichtlich nur noch in einem geringen Umfang als Transportweg genutzt wurde, wovon z.B. der schlechte Zustand der Hafenanlagen zeugt.

³⁴ siehe auch: Klein- Wittenberg und Piesteritz auf historischen Ansichten. Drei Kastanien Verlag Wittenberg 2000

³⁵ nach Adressbuch 1898: Markt 13, nach Adressbuch 1925: auch Jüdenstraße 39

³⁶ siehe: <http://www.wittenbergersonntag.de/artikel/3293/%20Seit%2025%20Jahren%20ist%20die%20Commerzbank%20in%20Wittenberg>

³⁷ nach Adressbuch 1925: Markt 9

³⁸ nach Adressbuch 1898: Coswiger Straße 21

³⁹ hier nach Adressbuch 1925: Markt 20

⁴⁰ ergebnisabhängige Vergütung

⁴¹ siehe auch: Jünger, Karl: Unser Heimatstrom, Die Elbe und die Umgebung Wittenberg – einst und jetzt. Schriftenreihe des stadthistorischen Museums Wittenberg, Band 9, 1988

Karl Jünger war ein „Ehemaliger“ †2016

Insgesamt gesehen habe, so Kirchner, das Verkehrswesen in Wittenberg in der Zeit von 1870-1914 eine „glänzende Entwicklung genommen“. Dies gälte neben der Entstehung neuer Einrichtungen auch für die Schnelligkeit und Bequemlichkeit bei der Beförderung von Gütern, Personen und Nachrichten. Kamen die Verkehrseinrichtungen einerseits Handel und Gewerbe zugute, so förderten diese andererseits die Entwicklung dieser Einrichtungen. Durch die guten Verkehrswege und -mittel gelangte Wittenberg, wie Kirchner schreibt, aus der lokalen Gebundenheit des Handels an den städtischen Markt zu einem Gütertausch mit entfernt gelegenen Orten, sogar mit solchen jenseits der Landesgrenzen.

Nun noch ein Blick auf den Handel in Wittenberg im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Nach den Akten des Wittenberger Magistrats, aus denen Kirchner zitiert, stieg die Zahl der Gewerbebetriebe von 401 im Jahre 1882 auf 1.061 im Jahre 1907; der Anteil der Handelsbetriebe betrug in den Jahren 1885 bis 1893 rund 45%. Errechnet man aus diesen Zahlen die ungefähre Zahl der Handelsbetriebe, wie Kirchner es tut, so ergeben sich für die Jahre 1882 und 1907 für Wittenberg ca. 200 bzw. 500 Handelsbetriebe - mithin ein Aufschwung von 150%.

Eine Anzahl der Handelsbetriebe entfiel auf den Tuchhandel, der nach Kirchner bis in die siebziger Jahre in Wittenberg „in hoher Blüte“ gestanden habe. Über die genaue Zahl läßt sich streiten. 1914 werden im Adreßbuch 14 genannt, offenbar gab es hier eine Zunahme gegenüber dem Jahr 1900, in dem 8-10 solcher Betriebe genannt wurden. Ein Überblick über die Entwicklung der Handelsbetriebe in den anderen Branchen: Buchhandlungen, Drogen/Farben/Chemikalien, Eisenwarenhandlungen, Fahrradhandlungen, Holz- und Kohlenhandlungen, Kunst- und Handelsgärtnereien, Kolonial- und Materialwarenhandel, Schuhwarengeschäfte und Zigarren- und Tabakhandel, zeigt für die Jahre 1888 bis 1914 überall eine Zunahme, und zwar um 137%, d.h. eine absolute Zunahme von 65 Betrieben (1888) auf 154 (1914). Da heute daran gedacht wird, insbesondere den Fremdenverkehr in Wittenberg angesichts seines reichen kulturellen Erbes zu fördern, lohnt es sich, noch einen Blick auf diesen Sektor zu werfen. Was die Infrastruktur betrifft, so gab es 1902 4 Hotels, 18 Gasthöfe, 112 Schankstätten, teils mit voller, teils mit halber Konzession, ferner 33 Verkaufsstellen für „geistige“ Getränke und 28 Tanzsäle. Dazu seien noch 92 brauberechtigte Häuser gekommen, so daß das Wittenberger Gastwirtsgewerbe, wie Kirchner meint, als Folge der Industrialisierung aufgebläht war.

Was die Zahl der Besucher Wittenbergs betrifft, so lassen sie sich über den Besuch der 1883 eröffneten Lutherhalle anhand der Eintrittskarten ermessen. Kirchner schätzt die Zahl in den Jahren zwischen 1907 und 1914 auf 6.000-8.000 Personen jährlich. Die Gesamtbesucherzahl Wittenbergs dürfte erheblich höher gelegen haben. Kirchner schätzt sie auf 15.000-20.000 in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg. Von einer intensiven Fremdenverkehrswerbung in Wittenberg kann vor 1914, folgt man Kirchner, allerdings nicht die Rede sein.

Faßt man die Entwicklung des Wirtschaftslebens in Wittenberg für die Zeit von 1870 bis 1914 zusammen, so ergibt sich, daß im Wittenberger Bezirk eine vollständige Umgestaltung stattgefunden hat. Noch nie habe sich vorher, so Kirchner, eine so tiefgreifende Wandlung in so kurzer Zeit in und um Wittenberg vollzogen. Ergebnisse dieser Wandlung seien: Bevölkerungszunahme und Veränderung der sozialen Schichtung einerseits und wachsender Wohlstand und damit Verbesserung der sozialen Lage andererseits.

3.5.2 Bevölkerung, Wohnungen, Einkommen

Was die Zahl der Bevölkerung betrifft, so nahm sie im Jahre 1871 von 11.667 bis 1913 auf 23.074 zu, d.h. um 97,7%. Damit nahm sie dreimal soviel zu wie z.B. Torgau. Doch weitaus schneller war die relative Zunahme Bitterfelds, nämlich mehr als doppelt soviel. Nach Kirchner beruhte die Zunahme der Bevölkerung weniger auf einem Anstieg der Geburten als auf einer Abnahme der Sterblichkeit. Hinzu kam die Zuwanderung vom Land.

Die Zunahme der Bevölkerung schloß eine Zunahme der Bevölkerungsdichte (1871 = 5,20 Einw. je Hektar, 1913 9,78 Einw. je Hektar) ein sowie eine Zunahme der Wohnhäuser und Haushalte. So gab es 1871 726 Wohnhäuser und 2.386 Haushalte in Wittenberg, 1910 dagegen 1.430 Wohnhäuser und 5.135 Haushalte. Die Zahl der Wohnhäuser hatte sich also verdoppelt, die Zahl der Haushalte mehr als ver-

doppelt. Im ganzen gesehen hat es aber offensichtlich keine erhebliche Zunahme der Wohndichte gegeben, so daß die Behauptung Kirchners untermauert wird, in Wittenberg habe es vor dem Ersten Weltkrieg keine Mietskasernen gegeben.

Zu verzeichnen war in dieser Zeit eine beträchtliche Zunahme der Mieten.

Tabelle 3.3 Mietsteigerungen in Wittenberg vor dem 1. Weltkrieg

Mietsteigerungen	Wohnungsgröße
90 auf 125 Mk (39%) jährl.	Stube, Kammer, Küche
180 auf 225 Mk (25%) jährl.	2-Zimmerwohnung mit Zubehör
300 auf 350 Mk (16,6%) jährl.	3-Zimmerwohnung mit Zubehör und Bad
350 auf 400 Mk (14,3%) jährl.	4-Zimmerwohnung mit Zubehör und Bad

Die Mietsteigerung nimmt also von den kleineren zu den größeren Wohnungen ab.

Gemäß dem Schwabe'schen Gesetz sinkt der Mietanteil am Einkommen mit der Zunahme desselben. Dieses „empirische Gesetz“ galt für Halle, es dürfte auch für das damalige Wittenberg gelten. Hier die Zahlen für Halle (vgl. Tabelle 3.4):

Freilich brachte die Veränderung der Struktur der lokalen bürgerlichen Marktgesellschaft in Wittenberg hin zur Industrie eine Veränderung der sozialen Zusammensetzung mit sich. So hat wohl die Kategorie der Gewerbetreibenden gegenüber jener der Lohnarbeiter an Bedeutung verloren. An die Stelle des Kleinbürgertums, das, wie Kirchner meint, behaglich vor sich hin lebte, traten „unruhige Arbeitermassen“. Neben die Beschäftigung von Lohnarbeitern in den Industriebetrieben trat jene von Frauen und Kindern. Doch genauere Unterlagen zu dieser Veränderung in der Zusammensetzung der Bevölkerung fand Kirchner nicht, so daß man auf Vermutungen angewiesen ist.

Tabelle 3.4 Mieten in Halle vor dem 1. Weltkrieg

Einkommensgruppen	Mietanteile an Einkommen in %
Einkommen bis 900 Mk jährl.	17,9%
von 900 Mk bis 1.000 Mk jährl.	16,4%
von 1.000 Mk bis 1.300 Mk jährl.	15,7%
von 1.300 Mk bis 1.700 Mk jährl.	11,0%
von 1.700 Mk bis 2.000 Mk jährl.	9,0%

Wirft man noch mit Kirchner einen Blick auf die wirtschaftliche und soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung Wittenbergs in dem hier zur Debatte stehenden Zeitraum, so ist sie mit den Stichworten „Sozialversicherung“, „Krankenversicherung“, „steigende Löhne“, aber auch „steigende Preise“ zu umreißen. Erste Ansätze zu einem Sozialstaat hielten also auch in Wittenberg Einzug, und von der Erhöhung des Sozialproduktes infolge der Industrialisierung profitierte offensichtlich auch Wittenbergs arbeitende Bevölkerung. Überhaupt wird man sagen können, daß von der allgemeinen Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland auch Wittenberg erfaßt wurde, was angesichts seiner relativ zentralen Lage nicht verwundert. Aber auch die Gemeinde als solche zog einen Vorteil aus der Industrialisierung und dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung, indem sich ihre Steuereinnahmen und damit ihre Finanzkraft erhöhten. Doch was die Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung betrifft, so ist hier wohl nur ein sehr vorsichtiges Urteil erlaubt. So lesen wir bei Kirchner, daß z.B. ein Facharbeiter in einer Wittenberger Maschinenfabrik 1905 pro Woche 27 Mark und 1913 33 Mark verdiente, also 22,2% mehr - bei einer 60-Stundenwoche. Berücksichtigt man Preissteigerungen in dieser Zeit, für die uns genaue Angaben fehlen, so wird man von einer erheblich kleineren Zuwachsrates sprechen können, zumal wenn man von der Steigerung der Mieten ausgeht. So erhöhten sich die Mieten, wie schon angedeutet, in der Zeit zwischen 1895-1914 um, grob gerechnet, 23%, wobei verhältnismäßig am stärksten die Mieten der kleineren und damit billigeren Wohnungen stiegen, d.h. jener Wohnungen (Stube, Kammer, Küche oder Zweizimmerwohnungen mit Zubehör), die am ehesten von Arbeitern nachgefragt wurden. Bei diesen Wohnungen waren im Zeitraum 1895-1914, wie ausgeführt, Mietsteigerungen zwischen

39% und 25% zu verzeichnen. Die größeren Wohnungen, die eher von Beamten und Lehrern (Drei- und Vierzimmerwohnungen) nachgefragt wurden, wiesen Preissteigerungen von ca. 16% bzw. 14% auf.

Errechnet man das Jahreseinkommen eines Facharbeiters im Jahre 1913, so ergibt sich der Betrag von 1.584 Mark. Geht man von der Jahresmiete für eine Kleinstwohnung (Stube, Kammer, Küche) in Höhe von 125 Mark 1914 aus, so mußte er dafür ca. 8% Miete zahlen. Geht man dagegen von einer Kleinwohnung (zwei Zimmer m. Zubehör) aus, so beträgt der Mietanteil jährlich ca. 14%. Bei einer mittleren Wohnung (drei Zimmer mit Zub. u. Bad) betrüge der Mietanteil immerhin ca. 25%. Verglichen mit heutigen Zahlen (alte Bundesrepublik) erscheinen die Anteile der Miete am Einkommen nicht übermäßig hoch, wobei man aber den vergleichsweise niedrigeren Wohnstandard berücksichtigen muß.

Facharbeiter verdienten relativ viel. Es lohnt sich daher, einen Blick auf die Gruppe der ungelerten Arbeiter zu werfen. Nimmt man dieselbe Wittenberger Maschinenfabrik als Maßstab, so verdiente 1913 ein ungelerner Arbeiter wöchentlich 20 Mark, mithin jährlich 960 Mark. Setzt man diesen Betrag zu den Mieten (1914) in Beziehung, so ergibt sich für eine Kleinstwohnung ein Mietanteil von ca. 13%, für eine Kleinwohnung ca. 23% und für eine mittlere Wohnung ca. 36%. Demnach wird man davon ausgehen können, daß ungelernete Arbeiter sich kaum eine Dreizimmerwohnung leisten konnten.

Wie sieht es z.B. bei einem Buchhalter in derselben Maschinenfabrik aus? Er verdiente monatlich 200 Mark, d.h. jährlich 2.400 Mark (1913). Sein Mietanteil für eine Kleinstwohnung, die er typischerweise gewiß nicht bezogen hätte, betrug ca. 5% Mietanteil; für die Kleinwohnung ca. 9% und die mittlere Wohnung ca. 15%. Die Vierzimmerwohnung, die seinem „Stand“ entsprochen hätte, hätte einen Mietanteil von rund 17% verlangt.

Vergleicht man die Jahreseinkommen der einzelnen Berufsgruppen, so ergibt sich für die Zeit kurz vor dem ersten Weltkrieg folgendes Bild (vgl. Tabelle 3.5):

Sichtbar wird, daß die Einkommen zwischen den Arbeitern und den Lehrern (1909) erheblich voneinander abweichen, so daß es erklärlich ist, daß diese zu einem großen Teil die Vierzimmerwohnungen beziehen konnten. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß es sich bei den Lehrereinkommen um die Höchstgehälter handelt. Im Durchschnitt waren sie erheblich niedriger. Gleichwohl ist der Abstand zu den Arbeitern beträchtlich. Nimmt man nun weitere (Kommunal-)Beamte zum Vergleich (1914) hinzu, so ergibt sich folgendes Bild (vgl. Tabelle 3.6).

Es zeigt sich, daß ein Polizeisergeant kaum mehr verdiente als ein angelernter Arbeiter. Von ihm abgesehen, übersteigen alle Beamtengehälter beträchtlich jene der Arbeiter. Interessant ist, daß die Lehrer im damaligen öffentlichen Dienst tendenziell am besten abschnitten. Nicht so hoch eingestuft wurden vergleichsweise jene, die für die öffentliche Sicherheit sorgten. Aufgaben im Bildungswesen sind also in der damaligen Zeit allein Anschein nach relativ hoch bewertet worden. Wenn es also eine Zunahme der Einkommen in der Zeit zwischen 1870 und 1914 gegeben hat, und die hat es zweifellos gegeben, so fiel diese sehr unterschiedlich aus. Als noch größer wird sich das Einkommensgefälle herausstellen, bezieht man noch weitere Bevölkerungsgruppen ein, z.B. diejenigen, die in der Landwirtschaft tätig waren. Arbeiter in einer Maschinenfabrik wurden ja im Vergleich mit jenen in anderen Wirtschaftssektoren vermutlich relativ gut bezahlt.

Berufsgruppen	Höhe des Einkommens
ungelernte Arbeiter	960,-
angelernte Arbeiter	1.392,-
Facharbeiter	1.584,-
Volksschullehrer (Grundgehalt, Amts- und Alterszulagen, Wohngeldzuschuß)	3.930,-
Mittelschullehrer (siehe oben)	4.330,-
Rektoren (siehe oben)	5.400,-
akad. geb. Oberlehrer (siehe oben)	7.920,-

Einkommensgruppen	Höhe des Einkommens
Polizeisergeant	1.400,-
Polizeikommissar	2.300,-
Steuersekretär	2.600,-
Stadtsekretär	2.600,-
Stadthauptkassenrendant	2.600,-

Bei aller Ungleichheit in den Einkommen kam es offenbar zu einer allgemeinen Erhöhung der Kauf-, Spar- und Steuerkraft der Wittenberger Bevölkerung, so daß man mit Kirchner von einem wachsenden Wohlstand in der Stadt insgesamt sprechen kann. Die Bevölkerung Wittenbergs hatte zwar von 1871-1913 um rund 100% zugenommen, das Steueraufkommen war dagegen um ein Vielfaches gewachsen. Die Industrialisierung in Wittenberg und Umgebung hatte also zu eindeutigen Ergebnissen geführt

3.6 Die Umbrüche im 20. Jahrhundert

3.6.1 Vom Ersten bis zum Zweiten Weltkrieg

Wittenberg hat, wie alle anderen deutschen Städte im 19. Jahrhundert, an den „fortschrittlichen“ Entwicklungen dieses Jahrhunderts: Wiedergeburt der kommunalen Selbstverwaltung, Rechtsstaat, Parlamentarisierung, Industrialisierung, Ausbau der bürgerlichen Marktgesellschaft, „Sozialpolitik“, Herausbildung der Arbeiterbewegung, teilgenommen. Diese Teilnahme gestaltete sich nach Maßgabe der spezifischen historischen Bedingungen der Stadt. Der Eindruck herrscht vor, daß die Stadt, die bis zum Ersten Weltkrieg über den Status einer mittleren Stadt nicht hinauskam, die Entwicklungsimpulse eher von äußeren als von inneren Kräften empfing.

Nahm sie, sei es passiv, sei es widerstrebend, sei es aufgeschlossen, an den Fortschritten des bürgerlichen Zeitalters teil, so partizipierte sie auch an den „Kosten“ dieses Fortschritts und den Fehlentwicklungen. Diese lassen sich leicht ausmachen: Nationalismus, Antisemitismus, Militarismus, macht- und obrigkeitsstaatliches Denken, sowie Armut, rechtliche und soziale Benachteiligung der arbeitenden Klassen. Für jeden dieser Punkte wird sich leicht ein Beleg finden lassen. Der aggressive Kasernenton der Unteroffiziere und Feldwebel wird ebenso wie der arrogante Kasinoton der preußischen Leutnants über die Mauern der neuen „Tauentzienkaserne“⁴² (erbaut 1883) hinaus in die Stadt geschallt haben. Oder waren diese Töne in Wittenberg verhaltener, weil es Reformationsstadt oder einst kursächsische Stadt gewesen war? Und für Machtstaat, Militarismus und Imperialismus war gewiß der 1900 gegründete Flottenverein eingetreten. Und wenn die Maurergesellen 1889 streikten, um eine Erhöhung ihres Stundenlohns um einen Pfennig und die Begrenzung ihrer Arbeitszeit von 6 bis 18 Uhr zu erreichen, so taten sie dies gewiß deshalb, weil die Arbeitszeit entschieden zu lang und der Lohn zu gering gewesen war, und der Tatsache, daß sich 1900 ein „Sozialdemokratischer Wahlverein“ im Kreis Wittenberg gründete, spricht zum einen dafür, daß der demokratische Geist des 19. Jahrhunderts auch in dieser Beziehung in Wittenberg fußfaßte, zum anderen dafür, daß für die Arbeiter dort eine Notwendigkeit bestand, sich über die Gewerkschaften hinaus politisch zu organisieren, um ihre Benachteiligung und Diskriminierung zu überwinden. Wenn die Firma Wetzig 1912 einen Streik ihrer Schlosser damit beendete, daß sie viele von ihnen aussperrte, die dann Wittenberg verlassen mußten, und einen Waggon Streikbrecher holte, so zeigt dies die relative Ohnmacht der damaligen Arbeiterschaft.

⁴² heute neues Rathaus, Berliner- Ecke Lutherstraße

Wittenberg als mittlere Provinzstadt wird, so kann man annehmen, wie manche andere Städte dieser Art in Deutschland, ein Ort des „ungleichzeitigen Widerspruchs“ (Ernst Bloch) gewesen sein: Den traditionellen mittelständischen Wirtschafts- und Lebensweisen wird herausfordernd das Neue, in Gestalt der modernen Industrie und Bankenwelt, der organisierten Arbeitnehmerschaft und der allgemeinen Rationalisierung des Lebens gegenüber gestanden haben. Diese Konfrontation wird nicht anders als in anderen vergleichbaren Städten Deutschlands, eine Quelle von Spannungen gewesen sein, die sich auf verschiedene Weise, so im Ethnozentrismus, Antisemitismus, in der Feindschaft gegenüber den Organisationen der Arbeiterbewegung, ausdrückte. Vollends nach den schweren Erschütterungen des Ersten Weltkriegs werden solche Spannungen ihren massiven öffentlichen Ausdruck gefunden haben ⁷².

Der Erste Weltkrieg und die militärische Niederlage Deutschlands schlossen ebenso Chancen wie auch Risiken ein. So schlossen sie die Chance ein, daß sich die Entwicklung zur repräsentativen (Parteien-)Demokratie, zur kommunalen Selbstverwaltung, kurz, zum modernen westeuropäischen Verfassungsstaat, ferner zum Sozialstaat, beschleunigt; des weiteren die Chance, daß nach Überwindung der Kriegsfolgen die wirtschaftliche Entwicklung, nun nicht mehr gebremst durch „Imperialismus“, „Neomerkantilismus“, „Militarismus“, soziale Diskriminierung, Relikte des Spätfudalismus u.a., schneller voranschreitet. Krieg und militärische Niederlage (Demütigung, Gebietsabtretungen, Reparationen), so negativ sie sein mochten, schlossen mit anderen Worten die Chance zu einer beschleunigten Modernisierung des Reiches, seiner Gliedstaaten, ihrer Gemeinden sowie der bürgerlichen Gesellschaft ein. Sie brachten aber auch schon damals erkennbare Gefahren mit sich, so die Gefahr, daß infolge der eingetretenen sozialen Verwerfungen, z.B. Abstieg und Verarmung großer Teile des deutschen Bürger- und Kleinbürgertums und seiner dadurch noch vertieften Frustration wegen der militärischen Niederlage, eine Radikalisierung der Gesellschaft einsetzt, die eine Fortsetzung und Vollendung der fortschrittlichen Entwicklungen der Vorkriegszeit verhindert. Aber auch innerhalb der Arbeiterschaft gab es, gefördert durch die großen Opfer und Belastungen, die der Krieg dieser Klasse abforderte, und gewiß auch durch die von der Oktoberrevolution in Rußland her kommenden Einflüsse, Anfälligkeit für radikale Strömungen, die, zumal im Zusammenprall mit reaktionären und nationalistischen Gegenströmungen, eine Fortsetzung und Vollendung rechtsstaatlicher und (sozial-)demokratischer Reformentwicklung gefährdeten.

⁷² „Doch gerade die aus dem verlorenen Weltkrieg für Deutschland entstandene Misere wird in dem von reaktionärsten Kräften angeheizten Antisemitismus maßgeblich den Juden angelastet. So entsteht auch in Wittenberg für die jüdischen Einwohner eine vorher nicht gekannte Situation. Anfang 1921 leuchtet den vom Bahnhof kommenden Besuchern der Stadt vom Giebel des Hauses Collegienstraße 52 (heute An- und Verkauf) ein riesengroßes Hakenkreuz entgegen. Der Hausbesitzer und Geschäftsinhaber, dessen antisemitischen Aktivitäten wir in der Nazizeit wiederbegegnen, versucht mit der Anbringung dieses Symbols des Antisemitismus und Ladentürschildern mit der Aufschrift „Juden ist der Zutritt verboten!“ über ein Jahr lang, eine breite antijüdische Stimmung in der Stadt zu erzeugen. Erst im Hinblick auf die zahlreich erwarteten in- und ausländischen Gäste zur 400-Jahrfeier der Rückkehr Martin Luthers von der Wartburg im März 1922 gelingt es dem Magistrat, diese Schandfleckchen beseitigen zu lassen.“ Ronny Kabus (Autor) und Axel Buschmann (Gestaltung), Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung jüdischer Mitbürger der Lutherstadt Wittenberg zwischen 1933 und 1945 vor dem Hintergrund des antisemitischen Mißbrauchs des Reformators Martin Luther. Sonderausstellung vom 10. November 1988 bis 21. Mai 1989, in: Schriftenreihe der Staatlichen Lutherhalle Wittenberg, Heft 5/1989, S. 37.

Was Wittenberg betrifft, so hatte es, wie auch andere Städte dieser Art in Deutschland, zunächst die Chance, in der Vorkriegszeit begonnene Entwicklungen, so z.B. die Modernisierung der Gemeinde als Verfassung, beschleunigt fortzusetzen. Es drohten aber auch, wie im übrigen Deutschland, Unbelehrbarkeit, Extremismus, Rückschritt, schließlich Diktatur und Terror. Davor boten weder der tradierte Geist der Reformation noch das etablierte Luthertum, wie sich alsbald zeigte, Schutz. Im Gegenteil, nicht wenige Repräsentanten der evangelischen Kirche begrüßten das „Dritte Reich“. So wurde auch auf der ersten „Deutschen Nationalsynode“ in Wittenberg im Jahre 1933 der preußische Landesbischof Ludwig Müller als „Reichsbischof“ inthronisiert, der, „Reichsleiter“ der deutschen Christen, das Anliegen hatte, die evangelische Kirche Deutschlands in eine enge Beziehung mit dem „Dritten Reich“ zu bringen. Nur zu bekannt ist heute das Ende des unheilvollen Weges, den Deutschland und mit ihm die Stadt Wittenberg, die ihn in mancher Hinsicht symbolisierte, beschritt: Die „Weimarer Republik“, ihren Krisen und unversöhnlichen Feinden nicht standhaltend, wurde durch die nationalsozialistische Diktatur beseitigt, die mit den Errungenschaften des 18. und 19. Jahrhunderts, vollends der „Weimarer Republik“ - Menschenrechte, Rechtsstaat, parlamentarische Demokratie, kommunale Selbstverwaltung usw. - brach.

Diese Entfernung von den Grundprinzipien der westeuropäischen Geschichte führte so gut wie zwangsläufig zur Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und seinen konflikträchtigen Nachkriegsordnungen. Dazu gehörte in der sowjetisch besetzten Zone, in der die Stadt Wittenberg lag, die von der Besatzungsmacht begünstigte Errichtung der Parteidiktatur der Kommunisten, die an die revolutionären Traditionen innerhalb der Arbeiterbewegung und ihrer Wortführer, sie aber in stalinistische Bahnen lenkend, anknüpfte. Die von 1933 bis 1945 dauernde und durch Weltkrieg und erneute militärische Niederlage Deutschlands beseitigte NS-Diktatur wurde also durch die von den ersten Nachkriegsjahren bis 1989 reichende SED-Diktatur abgelöst, so daß das Leben Wittenbergs, wie auch das der anderen Gemeinden in der ehemaligen DDR, mehr als ein halbes Jahrhundert durch Diktaturen bestimmt war. Die Chance, nach diesem Krieg an die rechtsstaatlichen und demokratischen Traditionen der Vorkriegszeit anzuknüpfen und sie aufgrund der Erfahrungen in der „Weimarer Republik“ und ihres Unterganges weiterzuentwickeln, war auf diesem Gebiet Deutschlands allem Anschein nach von vorneherein nicht gegeben. Erst mit der „Wende“ von 1989 und dem Vollzug der deutschen Einigung kann dieser Teil Deutschlands und mit ihm die Stadt Wittenberg sich wieder in den Entwicklungsweg der westeuropäischen Geschichte unter mühsamer Beseitigung der von den beiden Diktaturen hinterlassenen Schäden einordnen. Dies heißt für die Gemeinden vor allem Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung im Rahmen rechts- und verfassungsstaatlicher Verhältnisse sowie Wiederaufbau einer lokalen bürgerlichen Marktgemeinschaft.

Da die politische und die Verfassungsgeschichte Wittenbergs zwischen dem Ersten Weltkrieg und der „Wende“ wohl noch einer gründlichen Aufarbeitung harret, uns liegen hierzu nur spärliche Unterlagen vor, wollen wir uns im folgenden auf die Wirtschaft der Stadt konzentrieren.

Für die jüngste Geschichte der Stadt Wittenberg ist das in dem Vorort Piesteritz 1915 durch die Bayerischen Stickstoffwerke AG⁴³. (BStW) gebaute Stickstoffwerk offensichtlich von großer Bedeutung; erscheint es doch, sich nach und nach zu einem riesigen Industriekomplex erweiternd, wie ein Entwicklungspol in der Region. Die Gründung dieses Werkes beruht auf dem Ausscheiden Deutschlands aus dem weltwirtschaftlichen Zusammenhang infolge der Blockade im Ersten Weltkrieg, wodurch das Land von der Zufuhr von Chilesalpeter abgeschnitten wurde und sich verstärkt der Herstellung künstlichen Düngemittels zuwenden mußte. Diese Gründung stand offenbar im Zeichen eines starken Konkurrenzkampfes zwischen den Bayerischen Stickstoffwerken AG. einerseits und den Badischen Anilin- und Sodafabriken (BASF) andererseits. Dieser schloß auch einen Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Produktionsverfahren ein, und zwar zwischen der Kalkstickstoffproduktion nach dem Frank-Caro-Verfahren (BStW) - die BStW, auf Anregung der Deutschen Bank gegründet, konnten hierbei auf eine etwa zehnjährige Produktionserfahrung zurückblicken - auf der einen und der Ammoniaksynthese nach Haber-Bosch (BASF) - dieses Verfahren war bei Ausbruch des Krieges gerade aus dem Versuchsstadium herausgekommen - auf der anderen Seite. Hatte das sich im Weltkrieg befindliche deutsche Reich ein Interesse an einer ausreichenden Versorgung der Sprengstoff- und Düngemittelindustrie mit Rohstoffen/Halbfabrikaten, so hatte die betreffende chemische Industrie ein Interesse an der Ausnutzung der Kriegskonjunktur und der Einräumung günstiger Produktions- und Absatzbedingungen durch den Staat, der auf eine schnelle Ausdehnung der Produktion von Stickstoff angewiesen war.

Das Interesse des Staates an einer möglichst kurzfristigen Erhöhung der Stickstoffproduktion zwang ihn offenbar, mit den BStW einen Vertrag zu schließen, dessen Inhalt sich nur aus den besonderen Bedingungen der Kriegswirtschaft (Planwirtschaft u.a.) erklären läßt. Darin verpflichteten sich die BStW, hinter der, folgt man der zitierten „Betriebsgeschichte“⁴⁴, die Interessen der Deutschen Bank standen, ein Kalkstickstoffwerk nebst dazugehöriger Carbidfabrik in Piesteritz mit Anschluß an ein Elektrizitätswerk bei Bitterfeld mit einer Leistung von 60.000 KW, entsprechend einer Jahresproduktion von 150.000 t Kalkstickstoff, für das Reich zu errichten und unverzüglich mit dem Bau zu beginnen. Um möglichst schnell die Produktion dieses Werkes, wie auch noch eines weiteren in Chorzow/ Oberschlesien, in Gang zu

⁴³ DDR: Düngemittelkombinat Stickstoffwerk Piesteritz, Straße der Neuerer 126

⁴⁴ Lau, Kurt: Betriebsgeschichte des VEB Stickstoffwerk Piesteritz. hrsg. v. d. Kommission Betriebsgeschichte des Düngemittelkombinates, VEB Stickstoffwerk Piesteritz 1978

bringen, wurden den BStW alle Vergünstigungen zugestanden, die für einen Bau in Kriegszeiten notwendig waren, wie z.B. Freigabe beschlagnahmter Materialien, Freistellung von Arbeitskräften vom Wehrdienst. Erteilung behördlicher Genehmigungen usw. Das Reich übernahm die gesamten Kosten und Aufwendungen für die Errichtung dieser Werke sowie den Erwerb der Grundstücke. Auch erhielten die Werke den Status von „Reichswerken“, was eine Reihe von Vorteilen einschloß.

Die zitierte Broschüre, die auch ohne die ideologischen Schlagworte das Interesse eines sozialkritischen Lesers gewonnen hätte, erwähnt in diesem Zusammenhang Walter Eucken, der in seinem Buch „Die Stickstoffversorgung der Welt“ von 1921 von einer „Besonderheit des Vertrages“ spricht; seien doch die Formen der privaten Unternehmung verlassen worden und sei doch das Werk in das Eigentum des Reiches übergegangen, das damit auch das Risiko des Unternehmens zu tragen hatte. Man kann in diesem Zusammenwirken von Staat und privaten Unternehmen eine Form oder Vorform der Sozialisierung sehen. Dabei ist nicht zu übersehen, daß private Unternehmen aus einer derartigen Form einen beträchtlichen Nutzen ziehen konnten; übertrugen sie doch das ganze Unternehmensrisiko dem Staat und nahmen sie doch, ungeachtet dessen, Teil am Gewinn. So erhielten die BStW eine Vergütung von 2 ½ Pf. für das kg Stickstoff und eine Beteiligung am Gewinn der Reichswerke von 25% unter Anrechnung der Vergütung. Im Gegenzug mußten sie alle Erfahrungen, Patentrechte, Lizenzen usw. sowie alle Stromlieferungs- und sonstigen Lieferverträge für Zwecke dieses Betriebes anwenden und auf Verlangen des Reiches nach seinen Anweisungen den Absatz der Fertigerzeugnisse besorgen. Geführt wurde das Unternehmen von der BStW unter einer anscheinend eher losen, indirekten Kontrolle des Staates über zwei Aufsichtsratsposten, deren Inhaber an Verhandlungen des Aufsichtsrates dann teilnehmen durften, wenn Angelegenheiten der „Reichsabteilung“ betroffen waren. Alles in allem handelte es sich um eine sehr widersprüchliche Unternehmensform, die nur unter den besonderen kriegswirtschaftlichen Bedingungen lebensfähig war.

Wenn die BStW mit ihrem Frank-Caro-Verfahren (Kalkstickstoffproduktion) zunächst gegenüber den BASF in ihren Verhandlungen mit dem Staat - der Konkurrenzkampf kostete offenbar wertvolle Zeit - erfolgreich gewesen war, so lag das nicht an der Überlegenheit des Verfahrens und am Kalkstickstoff. Vielmehr war wohl dieser weniger als das Düngemittel aus dem Haber-Bosch-Verfahren (Ammoniaksynthese) für die Landwirtschaft geeignet. Der Absatz von Kalkstickstoff muß, dem Verfasser der „Betriebsgeschichte“ zufolge, vor dem Ersten Weltkrieg stagniert haben und (deshalb) ein Preisverfall eingetreten sein. Somit war der Krieg mit seinen neuen Absatzchancen, wie aus dem damaligen Geschäftsbericht hervorgehen soll, im richtigen Augenblick gekommen.

Doch der Sieg der BStW über die BASF ist offenbar nur ein Pyrrhussieg gewesen. Bei den BASF hatte es eine Produktionssteigerung von Stickstoff von 7.000 t im Jahre 1913 auf 300.000 t im Jahre 1918 gegeben, bei den BStW dagegen eine Steigerung nur um 80.000 t. Die Überlegenheit der BASF war, so Kurt Lau, vor allem durch den Bau der Leunawerke entstanden. Träfen alle diese Informationen zu, so würde es nicht wundern, wenn die BASF nach Vollzug der Deutschen Einheit, aufgefordert gegenüber dem Stickstoffwerk als Investor aufzutreten, nicht von vorneherein „positive Reflexe“ zeigte.

Der Zwang, unter dem die staatliche Wirtschaftspolitik im Krieg angesichts der Rohstoffknappheit stand, förderte gewiß die Entwicklung der chemischen Industrie in Deutschland und wird sich, langfristig gesehen, vorteilhaft für das rohstoffarme Deutschland ausgewirkt haben. Insbesondere förderte er offenbar den Aufbau der chemischen Industrie in Mitteldeutschland und damit den Aufbau einer Großindustrie in einer Region, in der, im Gegensatz zum rheinisch- westfälischen Industrievier, kleine und mittlere Betriebe vorherrschten.

Weshalb entschied man sich als Standort des Stickstoffwerkes, das ein moderner Riesenbetrieb werden sollte und auch wurde, ausgerechnet für Piesteritz, den Vorort Wittenbergs? Da politische Gründe hinter der Ausweitung der Stickstoffproduktion standen, hätte man sich auch andere Standorte ausdenken können. Ein politisch- militärischer Grund bestand wohl darin, daß die Region Wittenberg, im Gegensatz zu den Produktionsstätten von Stickstoff im Westen, so der BASF, in der Mitte Deutschlands lag. Doch politische Gründe waren allein nicht ausreichend, um solch ein großes industrielles Projekt bei Wittenberg entstehen zu lassen. Hinzu mußten betriebswirtschaftliche Gründe kommen. Und in der Tat waren die Bedingungen für die Ansiedlung eines chemischen Großbetriebs gegeben. Sie bestanden im Vorhandensein einer ausreichenden Energiebasis - Braunkohle und ihre Umwandlung in elektrische Energie

-, von Wasser, eines großen Grundstückes, günstiger Verkehrsbedingungen (Eisenbahn, Elbe, Kreuzung wichtiger Straßen). Was die Zufuhr der erforderlichen Arbeitskräfte betrifft, so war sie offenbar gewährleistet u.a. durch die Stilllegung nicht kriegswichtiger Industrien. Aus den davon betroffenen Regionen, so z.B. vor allem aus dem Vogtland, wo während des Krieges die Spitzenklöppelei sowie die Herstellung von Musikinstrumenten stillgelegt worden, kamen denn auch später die Arbeitskräfte, steigerten blitzartig die Einwohnerzahl der Gemeinde Piesteritz und wurden dort unter zunächst menschenunwürdigen Verhältnissen untergebracht.

Doch nichtsdestoweniger war die Errichtung dieses Riesenwerkes zunächst primär ein politisches Projekt. So kurzfristig wäre es in Friedenszeiten nicht entstanden, ganz abgesehen davon wurden damit Produktionskapazitäten geschaffen, die in „normalen“ Zeiten, bei funktionierendem Welthandel, nicht; zumindest nicht in vollem Umfang, gebraucht wurden. Wurden übliche marktwirtschaftliche Überlegungen hintangestellt, so wurden freilich erst recht ökologische Gesichtspunkte vernachlässigt; mußte doch den Planern bekannt sein, daß das zu errichtende Stickstoffwerk emissionsstark werden würde und angesichts seiner Lage im Westen Wittenbergs zu einer erheblichen Luftbelastung in der Stadt führen mußte. Erst recht vernachlässigte man wohl die Auswirkungen dieses industriellen Großprojektes auf die auf eine lange Geschichte zurückblickende, organisch gewachsene Stadt Wittenberg. Wie sollte sie den werdenden „Dinosaurier“ in ihre weitere Stadtentwicklung integrieren? Würde nicht umgekehrt er es sein, der die Stadt in seinen Kreislauf- und Wachstumsprozeß integriert? Machte man nicht mit einem Schlag das Gebiet um Wittenberg zu einer von einem Riesenwerk beherrschten Chemieregion, das noch dazu primär Massenware, chemische Halbfabrikate, z.T. für die Rüstung herstellen sollte. Legte man nicht damit den Grundstein für eine krisenanfällige industrielle Monostruktur, um so mehr als der Kalkstickstoff für die Landwirtschaft nicht so gut geeignet war?

In dem Maße, wie die Standortentscheidung im Ersten Weltkrieg und die Bestätigung derselben durch weiteren Ausbau des Werks politisch bedingt war, mußten Wittenberg und die Region, nachdem sie einmal durch das riesige Werk eine ökonomische Transformation erfahren hatten, befürchten, daß es einmal in Zeiten normaler Wettbewerbswirtschaft und Nachfrage unrentabel arbeitet und infolgedessen stark verkleinert werden muß.

Dieses Problem stellte sich vielleicht in den zwanziger Jahren, nicht jedoch in den folgenden Zeiten der Diktaturen, mit ihren Zentralverwaltungs-wirtschaften, ihrer Vorliebe für technokratische Lösungen und gigantische Projekte und ihrer Unfähigkeit zu rationaler Wirtschaftsrechnung. Nachdem diese Periode der Geschichte der Vergangenheit angehört, stellt sich das Problem nunmehr mit voller Schärfe.

Doch zunächst waren nur Vorteile zu erkennen, sieht man es durch die Augen Kirchners, der sich in seiner Dissertation nicht unempfänglich für die Autarkiepolitik des NS-Regimes zeigt, die ja ganz offensichtlich in weitaus verschärftem Maße vom SED-Regime nach dem Zweiten Weltkrieg fortgesetzt wurde.

Jedenfalls bestand, Kirchner zufolge, ein unmittelbarer Vorteil der Errichtung dieses Werkes, das nach einigen Erweiterungen 1934 jährlich rd. 300.000 Tonnen Stickstoffdünger herstellen konnte, darin, daß die Wittenberger Landwirtschaft schnell und billig beliefert werden konnte. Dies wiederum habe sich positiv auf die Landwirtschaft des angrenzenden Fläming mit seinen Sandböden ausgewirkt. Bauern, die sonst ihre Scholle hätten verlassen müssen, blieben dort. Dies wiederum trug dazu bei, daß das Angebot an Arbeitskräften für die Industrie nicht ausreichte, so daß ein großer Zuzug von außerhalb, bereits während der Kriegsjahre einsetzte. Trifft dies zu, so haben wir ein Beispiel dafür, daß die Gründung eines großen Industriewerks in drastischer Weise in die „normale“ Entwicklung einer Region eingreift und diese verzögert, beschleunigt oder in eine andere Richtung lenkt. Auf der einen Seite wurde der Wandel auf dem Land aufgehalten, auf der anderen wurde er in der städtischen Region beschleunigt. Eine möglicherweise allmähliche, organische Entwicklung, die Zeit zur Anpassung läßt, wurde vereitelt, was um so schlimmer ist, wenn derartige Betriebsgründungen und -erweiterungen rein aus politischen Gründen erfolgen und damit der Wirtschaftsstruktur der Region ein brüchiges Fundament geben.

Der Zuzug nach Wittenberg nach dem Ersten Weltkrieg führte zu einem beträchtlichen Wohnungsbau. So wurden zur Behebung der Wohnungsnot, Kirchner zufolge, zwischen 1920 und 1927 rund 250 rein städtische Wohnungen geschaffen; zusammen mit den Privatbauten seien 600-700 neue Wohnungen entstanden. Auch in Piesteritz seien neue Bauten entstanden und hätten diesem Vorort Wittenbergs ein

städtisches Gepräge gegeben. Der Ausbau des Verkehrswesens ist offenbar, anders als der Wohnungsbau, nicht so recht vorangekommen. So scheiterte der Plan, vom Bahnhof bis zu den Vororten eine elektrische Bahn zu bauen. Stattdessen wurde im Jahre 1925 von der Reichspost ein Kraftwagenverkehr eingerichtet. Dieser hat offensichtlich seine Fortsetzung im heutigen städtischen Omnibusverkehr gefunden. Hier wurde offensichtlich eine Chance vertan. Warum? Kirchner sieht den Grund in der „Ungunst der Zeit“. Möglicherweise fehlte das Geld, möglicherweise auch die Bereitschaft der alten Stadt Wittenberg, die industriellen Vororte mit ihrer Arbeiterschaft so eng an die Stadt anzubinden. Vielleicht gab es auch die Furcht der Vororte, von Wittenberg eingemeindet zu werden. Vielleicht fehlte auch einfach die Weitsicht der beteiligten Gemeinden, Wittenberg und seine unmittelbare Umgebung als ein einheitliches Wirtschaftszentrum zu betrachten und die Verkehrsplanung zum Vorteil aller darauf einzustellen. Auch heute gibt es übrigens noch keine Bahnunterführungen auf der so wichtigen Straße Wittenberg-Piesteritz-Magdeburg, so daß der Verkehr tagtäglich viele Male durch geschlossene Bahnschranken aufgehalten wird.

Nahe liegt der schon geäußerte Gedanke, daß Wittenberg der Industriegürtel von außen aufgedrängt wurde, und daß die Repräsentanten der Stadt die von der großen Industrie in den Vororten ausgehenden starken großkapitalistischen und sozialreformerischen oder, allgemeiner ausgedrückt, modernisierenden Impulse abwehren oder zumindest abmildern wollten. Diese Abwehrhaltung, sollte unsere Vermutung stimmen, könnte mit dem Luthertum, wie überhaupt mit dem tradierten Geist der alten Städte, in Verbindung gebracht werden. So soll es z.B. auch in der Stadt Regensburg bis in die jüngste Zeit eine Abwehrhaltung gegenüber der großen Industrie gegeben haben. Gewiß ist eine solche Haltung nicht bloß mit dem Geist der Stadt, Luthertum in dem einen und Katholizismus in dem anderen Fall, sondern auch mit handfesten Interessen von Handwerk, Kleinhandel und kleiner Industrie zu erklären.

Wie entwickelte sich nun die Wirtschaft des Wittenberger Bezirks in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg? In den ersten Nachkriegsjahren habe es, so Kirchner, eine günstige Beschäftigungslage infolge des kriegsbedingten Nachholbedarfs gegeben. Die Zahl der Erwerbstätigen im Land- und Stadtkreis Wittenberg sei gestiegen (1907: 33.030; 1925: 44.731;), und zwar zwischen 1907 und 1925 um 35,4%. Diese Steigerung betraf vor allem Industrie, Handel und Verkehr. Die Folge dieses wirtschaftlichen Aufschwungs war nach Wiederherstellung einer stabilen Währung im Jahre 1923 eine erhöhte Spartätigkeit. Betrug die Spareinlagen bei der Stadtparkasse im Jahre 1923 bloß 8.300 Mk., so betrug sie im Jahre 1924 510.400 Mk., 1932 6.285.600 Mk. und 1934 8.145.600 Mk.

Kirchner schreibt es einer "ungesunden Wirtschafts- und Sozialpolitik" zu, daß in den Jahren 1927 bis 1932 die Beschäftigung zurückging. Sei in der Landwirtschaft eine Preis-, so sei in der Industrie eine Absatzkrise aufgetreten, was alle anderen Wirtschaftszweige, so Handel, Banken und Verkehr, in Mitleidenschaft gezogen hätte. Außerdem seien die Wittenberger Bürger mehr als vor dem Weltkrieg nach der Großstadt, insbesondere Leipzig, gefahren, um dort größere Anschaffungen vorzunehmen, wodurch der Umsatz des Wittenberger Einzelhandels verringert worden sei.

Insgesamt gesehen muß es in Wittenberg in der Zeit zwischen 1907 und 1931 einen erheblichen Aufschwung des gewerblichen Lebens gegeben haben. So gab es 1907 1.061 und 1931 1.548 Gewerbetreibende. Dabei stellt Kirchner die Frage, ob nicht dieser Zuwachs über den der Nachfrage hinausging, sei doch die Bevölkerung Wittenbergs in demselben Zeitraum von rund 21.300 nur auf rd. 24.000 (13%) gestiegen.

Die große Krise zwischen 1929 und 1932/33 erfaßte auch Wittenberg und Umgebung. Auch hier wurde dementsprechend das Beschäftigungsprogramm der NS-Regierung in Gestalt von Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten u.a. durchgeführt.

Aus Unterlagen von 1933 geht hervor, daß 2.511 Arbeiter und Angestellte, die zumal in den Industriebetrieben der Vororte Wittenbergs arbeiteten, in Wittenberg wohnten, was zeigt, daß die Stadt mit ihren Vororten inzwischen in enge wirtschaftliche Beziehungen eingetreten war. Dies bedeutete auch, daß sie für die Industrie vor ihren Toren Infrastrukturleistungen (z.B. Schulen⁴⁵, Krankenhäuser usw.) erbrachte, ohne dafür einen unmittelbaren Ausgleich in Form zusätzlicher Gemeindesteuern zu erhalten.

⁴⁵ zum Beispiel Knaben- und Mädchenschule in Piesteritz (1908)

Folgt man Kirchner, so wiederholte sich in Wittenberg in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bis 1934 nicht der wirtschaftliche Aufschwung, wie er zwischen 1890 und 1913 stattgefunden hatte. Neue und größere Industriebetriebe seien nämlich nach 1918 nicht hinzugekommen. Stattdessen hätten aber die meisten Betriebe bis 1934 ihre Belegschaften vermehrt und, wie Kirchner meint, ihre Leistungen durch technischen Fortschritt steigern können. Dazu die folgenden Zahlen (vgl. Tabelle 3.7):

Tabelle 3.7 Entwicklung der Beschäftigten) zwischen 1800 und 1934			
Industrie des Wittenberger Bezirks			
	absolut	Zunahme	in %
um 1800/90	500	-	-
um 1912/13	5.000	4.500	900
um 1926/27	10.000	5.000	100
um 1933/34	12.000	2.000	20

Man erkennt also eine Gründerperiode mit einem entsprechenden Aufschwung und danach abnehmende Zuwächse. Zu berücksichtigen ist nach Kirchner, daß in den 10.000 Beschäftigten der Jahre 1926/27 2.000 Arbeitskräfte der im Jahre 1915 gegründeten Stickstoffwerke enthalten sind. Und in den 12.000 Arbeitskräften von 1933/34 sind 3.500 Arbeitskräfte der Stickstoffwerke enthalten. Ein Fünftel der Arbeitskräfte der Jahre 1926/27 und mehr als ein Fünftel der Arbeitskräfte 1933/34 gehörten also zu einem Betrieb, der 1915 während des Krieges aufgrund politischer oder doch überwiegend politischer Gesichtspunkte gegründet wurde. Dies verweist noch deutlicher darauf, daß nach der Vorkriegs- und Kriegszeit ein relativ geringer Zuwachs an Beschäftigten in der Industrie stattgefunden hat, so sehr die absoluten Zahlen beeindrucken mögen. Der eigentliche industrielle Aufschwung hat also in der Vorkriegsperiode, allenfalls bis 1918 stattgefunden.

Zum Schluß dieses Abschnitts erscheint es noch, angesichts des Wiederaufbaus von Gemeinde und lokaler Marktwirtschaft nach der „Wende“ von 1989, lohnend, die Betrachtungen Kirchners zur zukünftigen Gestaltung des Wirtschaftsbezirks Wittenberg, wie er sie Mitte der dreißiger Jahre anstellte, zu referieren. So hebt Kirchner, u.E. das wachsende Gewicht der chemischen Industrie, insbesondere der Stickstoffwerke unterschätzend, hervor, daß Vielseitigkeit das Kennzeichen des Wittenberger Wirtschaftsbezirks sei. Nähme man noch den ständigen technischen Fortschritt hinzu, so würden daraus der Stadtverwaltung Aufgaben erwachsen, die u.a. in der Landesplanung ihren Niederschlag fänden.

Die günstige Gelegenheit zum Warenumschlag sowie die Nähe der Weltstadt Berlin würden Wittenberg geeignet machen, die Industrien aufzunehmen, die infolge der Überkonzentration in der Großstadt dezentralisiert werden und künftig immer mehr die wirtschaftlich und verkehrstechnisch günstigen Gebiete aufsuchen. Außerdem würde im mitteldeutschen Wirtschaftsgebiet „aus nationalen Gründen“ (Kirchner) die Industrie mehr als zuvor ausgebaut werden, was auf Wittenberg sicherlich nicht ohne Einfluß bliebe. Hier wird er recht behalten haben, wenngleich er sich nicht vorstellen konnte, daß die Industriepolitik der Nationalsozialisten, sollte sie, wie es scheint, in diese Richtung gegangen sein, ihre Fortsetzung, wenn auch unter anderen Bedingungen und mit anderer Begründung, in SED-Zeiten finden würde.

Aus der ehemaligen Agrarstadt, so Kirchner, sei von 1870 bis 1914 eine zukunftsreiche Industriestadt geworden, die nur noch in den Vorstädten ihr landwirtschaftliches Gepräge erhalten habe. Dieser Strukturwandel mache es erforderlich, der weiteren Stadtentwicklung durch die Aufstellung eines Flächenaufteilungs- und Ortserweiterungsplans „zielklar die Wege zu öffnen“ (Kirchner). Die Landesplanung würde sich in wirtschaftspolitischer Hinsicht auf die Landwirtschaft, die Industrie und den Verkehr richten. In bevölkerungspolitischer Hinsicht fiele ihr die Aufgabe zu, gesunde Luftverhältnisse zu gewährleisten, Grünflächen zu schaffen und für Sportplätze zu sorgen. Luftverschmutzung ist offensichtlich bereits in den dreißiger Jahren als ein Problem in Wittenberg angesehen worden.

Wittenberg wurde auch offenbar damals schon durch den Durchgangsverkehr belastet. Der verkehrsreichste Punkt ist damals, so Kirchner, die Kreuzung der Straßen Berlin-Halle und Dresden-Magdeburg am Amtsgericht gewesen. Daran hat sich offensichtlich bis heute nichts geändert, nur ist der Verkehr wohl noch stärker geworden. Vorgesehen waren damals zwei Umgehungsstraßen für den schweren

LKW-Verkehr. Der leichte Personenverkehr sollte dagegen mit Rücksicht auf Handel und Gewerbe durch die Innenstadt geleitet werden. Was die Umgehungsstraßen betrifft, so sind sie heute noch im Stadium der Planung. Die inzwischen auch schon in DDR-Zeiten eingetretene starke Zunahme des PKW-Verkehrs hat die Stadtverwaltung dazu bewegt, die PKWs aus der Innenstadt weitgehend zu verdrängen. Durch das Fernhalten der Industrie von der eigentlichen Stadt und die Anlage von Nutz- und Spielflächen habe Wittenberg, so Kirchner, versucht, den Forderungen der Landwirtschaft und Bevölkerungspolitik, man muß wohl heute sagen: Umweltpolitik, gerecht zu werden. Auch in Piesteritz, das wohl besonders stark unter der Luftverschmutzung gelitten hat, hat man wohl, so entnehmen wir Kirchner, bereits Überlegungen zur Verbesserung der Lebensqualität, zumal im Zeichen des Aufschwungs der dreißiger Jahre, angestellt.

Es zeigt sich, daß sich wichtige Aufgaben der dreißiger Jahre heute noch, und zwar dringender denn je, der Stadtverwaltung und Landesplanung stellen.

Einen wichtigen Tatbestand der Wittenberger Wirtschaftsgeschichte läßt Kirchner allerdings unerwähnt, obwohl er in der Zeit, als er die Dissertation abfaßte, schon für jedermann erkennbar war: Die Enteignung, Verfolgung und Vertreibung der ca. 70 Wittenberger Juden, die sich nach 1936, dem Zeitpunkt der Promotion Kirchners, noch steigerten, um mit der „Reichskristallnacht“ einen vorläufigen Höhepunkt zu erreichen. Die ungeachtet des Terrors in Deutschland ausharrenden Wittenberger Juden wurden in den ersten Kriegsjahren in Konzentrationslager deportiert, in denen nur wenige Krieg und NS-Zeit überlebten. Unter den enteigneten und verfolgten Juden bzw. als Juden geltenden Einwohnern der Reformationsstadt gab es eine Reihe von Kaufleuten sowie einige Angestellte der Bayerischen Stickstoffwerke Piesteritz, so den Chemiker Dr. Hugo Heimann und den Werkdirektor Dr. Siegfried Tauss (evangelisch). Damit knüpfte die Lutherstadt an die wiederholten Vertreibungen der Juden im Mittelalter scheinbar an. Und was Martin Luther betrifft, so konnten seine aus Enttäuschung über die Juden, weil sie sich nicht zum neuen Glauben bekennen mochten, verfaßten antijüdischen Schriften von der antisemitischen Propaganda der dreißiger Jahre mißbraucht werden. Allerdings wäre es eine unhistorische Betrachtungsweise, würde man eine direkte Linie vom Antijudaismus des (späten) Mittelalters zum modernen und militanten Antisemitismus der dreißiger und vierziger Jahre ziehen.

Der ökonomischen und sozialen, später der physischen Vernichtung des jüdischen Bürgertums der Stadt sollte später, nach dem Krieg, die „Liquidierung des übrigen Wittenberger Bürgertums als Klasse“ folgen, die sicher häufig Vertreibung und Verletzung der Menschenrechte bedeutete. Das eine wie das andere führte zum Niedergang der Wirtschaft in Wittenberg und Umgebung; beides hängt, wenn auch indirekt, miteinander zusammen.

3.6.2. Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur „Wende“

Der Weg, heute muß man wohl sagen, der Irrweg, den die Wirtschaftsentwicklung Wittenbergs unter der SED-Diktatur nach dem Zweiten Weltkrieg einschlug, soll im folgenden noch kurz skizziert werden. Seine wissenschaftliche Aufarbeitung ist eine weitere Zukunftsaufgabe der gemeindeorientierten Geschichtswissenschaft. Um das Wittenberg von heute zu begreifen, müssen wir freilich auch wissen, was gerade auf dem Gebiet der Wirtschaft zwischen 1945 und heute geschah. Für die Wiederherstellung einer lokalen bürgerlichen Marktgesellschaft und damit für die Rückkehr zum „normalen Gang“ der westeuropäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte müssen wir indessen das Hauptaugenmerk auf das lenken, was da war, bevor der „Bruch“ mit der westeuropäischen Geschichte in den dreißiger Jahren und vollends nach 1945 einsetzte.

Kurz nach dem Krieg wurde, wenn auch unter schwierigen Bedingungen, die Produktion in einigen Industrieunternehmen Wittenbergs und Umgebung wieder aufgenommen. Dies geschah offensichtlich unter der Bedingung starker Einwirkung der KPD, gestützt von der sowjetischen Militäradministration. Dies bedeutete, daß man einen Teil der Unternehmer/Direktoren, denen man zu recht oder zu unrecht Verstrickung mit dem NS-Regime vorwarf, auswechselte, so z.B. in den Stickstoffwerken. Einige Werke, die als Rüstungsbetriebe galten, so die Sprengstoffabrik WASAG in Reinsdorf und das Mitte der dreißiger

Jahre gegründete Arado-Flugzeugwerk⁴⁶, wurden demontiert, sei es, um gemäß dem Potsdamer Abkommen das deutsche Rüstungspotential zu vernichten, sei es, um die Sowjetunion für erlittene Kriegsverluste zu entschädigen. Andere Werke, so das Stickstoffwerk in Piesteritz, wurden nur teilweise demontiert. Letzteres wurde in eine SAG (Sowjetische Aktiengesellschaft), später, in den 50er Jahren, in ein „volkseigenes“ Unternehmen umgewandelt. Unter äußerst schwierigen Bedingungen wurden nach 1945 die Produktion wieder aufgenommen und das Werk nach und nach wieder aufgebaut. Statt des Absatzproblems gab es, der Sachlage entsprechend, das Produktionsproblem; dringend wurden Düngemittel für die Landwirtschaft gebraucht.

Bald nach dem Krieg begann eine Welle der Enteignungen, und zwar gegenüber jenen Personen, die man laut einer Verordnung der Landesregierung vom 30. Juli 1946 als „Kriegs- und Naziverbrecher“ einstufte. Inwieweit hinter den Enteignungsmaßnahmen auch Willkür stand, wird von der „Chronik“ freilich nicht einmal ansatzweise erörtert. Mehr als das Anliegen, „Kriegs- und Naziverbrecher“ zu bestrafen, stand hinter diesen Maßnahmen wohl das radikale wirtschafts- und sozialpolitische, vom Gedanken des Klassenkampfes beherrschte Konzept, zumal der KPD, später der SED, so schnell wie möglich privates Vermögen in „Staatsvermögen“ oder „Volkseigentum“ zu überführen. Gegenstand der Enteignung waren die Bergwitzer Braunkohlenwerke, das Sidol-Werk, das Eisenwerk Joly, das Thompson-Werk, die Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt Wetzig, das Betonwerk Elster, die Kant-Schokoladenfabrik und das Licht- und Kraftwerk. Damit waren wohl so gut wie alle Wittenberger Industriebetriebe, jedenfalls die größeren unter ihnen, enteignet worden.

Anscheinend wurden auch in großem Umfang Klein- und Mittelbetriebe in Wittenberg und Umgebung nach 1945 enteignet. Allerdings seien 56 solcher Betriebe später ihren ehemaligen Besitzern zurückgegeben worden, so die Firmen Eule⁴⁷, Strench⁴⁸, Rost⁴⁹, Martikke⁵⁰, Rühlicke⁵¹, Thode und Thierig⁵², Aluminiumwerk Müller⁵³ und die Ziegelei Reinsdorf. Spätere Enteignungen seien nur noch bei Wirtschaftsvergehen vorgekommen, wobei dieser Enteignungsgrund vermutlich auch ein Einfallstor für behördliche Willkür gewesen sein dürfte.

1950 ging das Gummiwerk „Elbe“ in das Volkseigentum der DDR über, und in den späteren Jahren kam es offensichtlich zu „schleichenden“ Enteignungen bei Klein- und Mittelbetrieben, indem diese ermuntert, aufgefordert oder genötigt wurden, eine staatliche Beteiligung zuzulassen, so z.B. die Firma Reinsdorfer Wurst- und Fleischkonservenfabrik Ernst Dexheimer. Waren es 1957 noch 3, so waren es 1960 24 und 1964 29 Firmen, die in eine staatliche Beteiligung einwilligten, bzw. dazu gezwungen wurden. Und teils parallel zu diesen Enteignungswellen, teils später wurde die Kollektivierung/-Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft vorgenommen.

1970 wurde der Grundstein zur Erweiterung des Stickstoffwerkes gelegt. Das „Nordwerk“ im Stickstoffwerk sollte vor allem zwei Ammoniak- und drei Harnstoffanlagen umfassen. Die Rohstoffversorgung wurde durch ein Regierungsabkommen zwischen der DDR und der UdSSR von 1968 über die Lieferung von Erdgas und den Bau einer Erdgasleitung sichergestellt. Gute Voraussetzungen für dieses industrielle Projekt hatte, so die „Chronik“, die Gründung des Düngemittelkombinats vom 1. Januar 1970, Vorstufe des späteren Agrochemischen Kombinats (gegründet 1. Januar 1979, seit 1. Januar 1984 VEB Agrochemie Piesteritz für VEB Stickstoffwerk Piesteritz), geschaffen. Das „Nordwerk“ wurde mit 2,5 Mrd. Mark das größte Investitionsobjekt der chemischen Industrie im laufenden Fünfjahresplan, eine Fläche von 37 Hektar bedeckend. Es galt auch offenbar als ein Musterbeispiel für die Integration der Volkswirtschaften

⁴⁶ ab 1938 in der Dresdener Straße, Verwaltungsgebäude das heutige Finanzamt, erstreckte ich bis zur heutigen Berufsschule (Mittelfeld) siehe auch: Gruber-Lieblich, Renate: ... und morgen war Krieg! - Arado Flugzeugwerke GmbH Wittenberg 1936-1945. Projekte-Verlag 188; 2., Aufl. (Mai 2007)

⁴⁷ nach Adressbuch 1934: Collegienstraße 20 und Mittelstraße 52a

⁴⁸ nach Adressbuch 1925: Markt 3

⁴⁹ nach Adressbuch 1926: Bürgermeisterstraße 14 (Mineralöle und chemische Erzeugnisse)

⁵⁰ nach Adressbuch 1934: Dresdener Straße 11 mit Schäfer Maschinenfabrik

⁵¹ nach Adressbuch 1925: Schillerstraße 19

⁵² nach Adressbuch 1925: Berliner Chaussee 19

⁵³ nach Adressbuch 1926: Rothemark, später: VEB Blechwarenfabrik „Rothemark“ Dobschützstraße 29, nach Telefonbuch 1978: Dobschützstraße 29k

der RGW-Länder; waren doch an der Realisierung dieses industriellen Großprojektes sowohl die Volksrepublik Polen als auch die CSSR und die Volksrepublik Ungarn beteiligt; des weiteren die Sowjetunion mit der Errichtung einer Salpetersäureanlage 1973. Mitgewirkt an diesem Bauvorhaben hatte auch eine japanische Firma mit der Herstellung von zwei Ammoniakanlagen, die 1976 abgeschlossen war. Zu erwähnen wäre auch noch, daß 1973 die 5.000 Kilometer lange Erdgasleitung „Nordlicht“ in Betrieb genommen wurde, an der auch Monteure aus den „kapitalistischen Staaten“ („Chronik“) beteiligt gewesen waren. Offenbar sollte auch das von den Bayerischen Stickstoffwerken zwangsläufig übernommene und überholte Verfahren der Kalkstickstoffproduktion durch das für die Düngemittelproduktion geeignetere Verfahren der Ammoniaksynthese, wie es von den BASF angewandt wurde, ersetzt werden.

1972/73 hat es offensichtlich eine weitere Welle von Enteignungen gegeben, und zwar von Betrieben mit staatlicher Beteiligung. Die „Chronik“ spricht beschönigend von einer Überführung in „Volkeshand“ oder von einer „revolutionären Umgestaltung“. Unter den betroffenen Firmen befinden sich die Kinderbekleidung Schmidt KG sowie Gresse & Co.⁵⁴. Ein Teil der Eigentümer der von dieser erneuten Enteignungswelle betroffenen Firmen entwickelten sich, wie es euphemistisch heißt, zu „sozialistischen Betriebsleitern“. Es erscheint außer Zweifel, daß die Verstaatlichung der Wittenberger Industriebetriebe rigoros, der SED-Doktrin folgend, durchgeführt wurde. Dieser überall in der DDR praktizierte dogmatische Kurs führte zweifellos zu wachsenden Funktionsproblemen der Wirtschaft und trug damit zum späteren Zusammenbruch der DDR bei.

Die Tatsache, daß das Stickstoffwerk um das „Nordwerk“ erweitert wurde, bedeutete, daß der monostrukturelle Charakter der Wirtschaft in Wittenberg und Umgebung unterstrichen, wenn nicht verstärkt wurde. Auch näherte sich Wittenberg dem Typus einer Stadt, deren Schicksal in einem hohen Maße von der Entwicklung nur eines großen Unternehmens abhängt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß Wittenberg, ebenso wie die anderen Gemeinden in der ehemaligen DDR, ohnehin nicht mehr autonom in seinen Entscheidungen angesichts des herrschenden staatlichen Zentralismus war. Diesem war auch das Stickstoffwerk unterworfen, so daß die Stadt zumindest in zweierlei Hinsicht vom Staat in ihrer Entwicklung determiniert wurde: Zum einen unmittelbar, indem sie von ihm nicht anders als eine untergeordnete Behörde behandelt wurde, zum anderen mittelbar, indem er über die zentrale Wirtschaftsplanung den Kurs der Unternehmen am Ort und damit die lokale und regionale Wirtschaft lenkte.

⁵⁴ nach Adressbuch 1925: Pfaffenstraße 5 und Dessauer Straße 117, später 114-117

Linksammlung:

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Kulturdenkmale_in_Lutherstadt_Wittenberg#Kulturdenkmale_nach_Ortsteilen

http://artefakte.perladesa.de/artefakte_wittenberg.htm

<http://www.wittenbergersonntag.de>

<http://www.praeger.wittenberger.de>

<http://www.kleinwittenberg.com>

<http://www.dobiener.de>

<http://www.pflug-ev.de>

<http://gsvg.wb-online.de>

Exkursionsschwerpunkte:

1. Wittenberg in der vorindustriellen Phase (vor 1871)
2. Industrialisierung mit entsprechenden Folgen für das Stadtbild (Industrie/Infrastruktur/Wohnen) **im Westteil** der Lutherstadt Wittenberg (Wittenberg/Kleinwittenberg/Piesteritz bis Reinsdorf)
 - a. Industrieansiedlung bis zum 1. Wk
mit Villenviertel
mit Wohnviertel um 1915-1925
mit Wohnviertel der 30-er Jahre
 - b. Veränderungen zur DDR- Zeit
mit Wohnviertel der 50/60-er Jahre
mit Wohnviertel der 70-er Jahre
 - c. Veränderungen seit der „Wende“
in bestehenden Betrieben
Neuansiedlungen

Zur Exkursion wird es eine Karte geben!

**Viel Spaß bei der Vorbereitung, befragt vor allem Eltern, Großeltern und Bekannte!
Sucht Fotos und Karten – möglichst aus der Zeit!**

Literaturnachweis:

1. Adreß- Buch der Stadt Wittenberg nebst Vorstädten. Druck und Verlag Waldemar Fiedler 1884
2. Adreß- Verzeichnis für die Stadt Wittenberg nebst Vorstädten pro 1893/94. Druck und Verlag von Franz Janßen 1894
3. Roeßler, Emil: Adreß- Buch für 1898-99 der Stadt Wittenberg. Verlag von Adolf Löbke Wittenberg 1899
4. Adressbuch für Wittenberg und Kleinwittenberg 1904
5. Tietze, Adolf: Adressbuch der Lutherstadt Wittenberg und der Orte Kleinwittenberg, Piesteritz, Pratau und Reinsdorf. Tietze Buchdruckerei Wittenberg 1925
6. Tietze, Adolf: Adressbuch der Lutherstadt Wittenberg und der Orte Kleinwittenberg, Piesteritz, Pratau und Reinsdorf. Tietze Buchdruckerei Wittenberg 1934
7. Adressbuch Wittenberg 1948/1949. Hrsg: Der Rat der Stadt Wittenberg/Nachrichtenamt, Mitteldeutscher Verlag G.m.b.H. Halle/S. 1949
8. Fernsprechbuch Bezirk Halle 1978. Deutsche Post